

Kapitalismus abschaffen – geht das demokratisch?



Der Kampf um Paris in der Zeit der Pariser *Commune* – die „reine Demokratie“ am Werke...

**Texte von systemcrash und DGS_TaP
zur Kritik der Taktik der GAM im NaO-Prozeß**



Kapitalismus abschaffen – geht das demokratisch? Texte von systemcrash und DGS_TaP zur Kritik der Taktik der GAM im NaO-Prozeß
nebst drei beigefügten Texten von RIO, IBT und der IV. Internationale
http://www.nao-prozess.de/blog/latest/wordpress/wp-content/uploads/2013/09/Die_GAM_sagt_dem_Leninismus_Ade_LAYOUT.pdf
Berlin, 2013

Bildnachweise:

http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/6/60/Stamps_of_Germany_%28DDR%29_1971%2C_MiNr_1656.jpg

<http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Pariscommune1870.jpg>

http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Coat_of_arms_of_the_Soviet_Union.svg

Übersicht:

Einleitung: Der NaO-Prozeß und die Klassenkämpfe in der aktuellen kapitalistischen Krise --- <i>von systemcrash</i>	5
GAM und Leninismus: Bald ist nichts mehr übrig! --- <i>von DGS_TaP</i>	9
Als die GAM noch nicht im Fahrwasser des SIB-Populismus schwamm	9
Eine weitere Morgengabe der GAM an eine „breite“ NaO.....	12
Von der „reinen“ Demokratie (des Karl Kautsky) zur „realen“ Demokratie (der SIB)	13
Wie Kautsky das Zerschlagen des bürgerlichen Staatsapparates, und die eventuelle Notwendigkeit, in einer sozialistischen Übergangsgesellschaft den Ausnahmezustand zu erklären, aus der Theorie von Marx beseitigte.....	16
Wie sich der Manifest-Entwurf der SIB/GAM-Linie den Umgang mit den „Institutionen des bürgerlichen Staates“ vorstellt	20
Die Entwicklung der Pariser <i>Commune</i> aus einer Zuspitzung der Widersprüche.....	23
Rätedemokratie als bloß quantitative Ausweitung bürgerlicher Demokratie oder vielmehr als andere Qualität von Demokratie?	24
Worin bestand der ‚real‘sozialistische Demokratie-Diskurs? Oder: Mit Stalin zur „vollen Demokratisierung“ schreiten... ..	25
Für eine marxistische Überschreitung des Rechtshorizonts!	27
Der Sozialismus als „reine“ Demokratie oder als Klassendemokratie?.....	30
Resümee: Der NaO-Manifest-Entwurf – ein Dokument von erstaunlicher Naivität	31
Nachbemerkung: Noch einmal zur Methode von organisatorischer Annäherung (nicht: Vereinigung) bei fortbestehenden programmatischen Differenzen	33
Historischer Anhang: Wider die demokratische Legendenbildung von SIB und GAM.....	34
Nachwort: Die organisatorische Eigenständigkeit der Revolutionäre und die Gefahren des Entrismus und Syndikalismus --- <i>von systemcrash</i>	39
Anhang 1: Zur Diskussion in der tschechischen Neuen Antikapitalistischen Linken --- <i>von Revolutionäre Internationalen Organisation (RIO)</i>	41
Anhang 2: Kritik an der Haltung von <i>Workers Power</i> , der britischen Schwesterorganisation der GAM, gegenüber dem Weltsozialforum --- <i>von IBT</i> ..	45
Anhang 3: Resolution „Sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats“ --- <i>von XII. Weltkongresses der IV. Internationale</i>	46

Einleitung:

Der NaO-Prozeß und die Klassenkämpfe in der aktuellen kapitalistischen Krise

von systemcrash

seit ca. 2 1/2 Jahren gibt es einen diskussionsprozess unterschiedlicher linker Gruppen zum Zwecke der Bildung einer „neuen antikapitalistischen Organisation“, bekannt als „NAO Prozeß“.¹ Initiiert hat diesen Prozess eine kleine Berliner Gruppe namens „sozialistische Initiative Berlin“ (SIB). Eine zweite Gruppe, die mittlerweile für diesen Prozess zentral ist, ist die Gruppe Arbeitermacht (GAM), deutsche Sektion der Liga für die 5. Internationale. Diese beiden Gruppen scheinen kurz davor zu stehen, zumindest in Berlin die NAO formell zu gründen. Zu diesem Zwecke wurde ein programmatisches „Manifest“ verfasst, was den inhaltlichen Rahmen dieser Gründung abstecken soll.

Der folgende Text von DGS, einem linken Kritiker der SIB/GAM Linie einer schnellen NAO Gründung, befasst sich mit dem Abschnitt zur „Demokratie“ in diesem Manifest. Er greift dabei auf die historische Kontroverse von Kautsky, Luxemburg, Lenin und Trotzki zurück und weist nach, dass die SIB/GAM Linie eine Aufweichung der marxistischen Haltung zur Staatsfrage in Richtung eines friedlich-demokratischen Übergangs bedeutet.

Dieser Demokratie Abschnitt ist aber freilich nicht der einzige Schwachpunkt in der Entwicklung des NAO Prozesses der letzten 12 Monate. Zuvor gab es von Seiten der SIB eine Aufweichung in den „Fünf Essentials“²: Anstatt eine Umgruppierung der Gruppen mit revolutionärem Selbstanspruch zu versuchen – wie ursprünglich angedacht – wurde auf eine „breite NAO“ umgeschwenkt, die für revolutionäre und Reformisten/Gradualisten offen sein soll; also eine syndikalistische Mischorganisation, was eine fundamentale Zurückweisung des Lenismus in der Partei-/Organisationsfrage bedeutet. Im Zuge dieser Aufweichung in der Organisationsfrage wurde natürlich auch dem „revolutionären Bruch“ die scharfen Kanten abgeschliffen; selbst der Ausdruck „revolutionärer Bruch“ ist im Manifest-Entwurf mittlerweile weggefallen. Dass die GAM sich darauf einlässt,

¹ S. dazu: <http://www.nao-prozess.de/blog/>, <http://scharf-links.de/265.0.html> und <http://www.trend.infopartisan.net/antikap-archiv2011.html>.

² „Für uns gibt es nur 5 unverhandelbare Punkte: 1. Konzept des revolutionären Bruchs 2. Keine Mitverwaltung der kapitalistischen Krise 3. Klassenorientierung 4. Einheitsfront-Methode 5. (Eine gewisse) organisatorische Verbindlichkeit Über alles andere müssen wir reden.“ (<http://www.nao-prozess.de/blog/neue-antikapitalistische-organisation-na-endlich-worueber-muessen-wir-uns-verstaendigen-und-worueber-nicht/>).

deutet darauf hin, dass sie hofft, eine „breite NAO“ als fischteich für ihre eigene organisation „taktisch“ nutzen zu können. aber eine taktik verkommt zur aufgabe des revolutionären marxismus, wenn in der öffentlichkeit nicht erkennbar ist/wird, was „taktik“ ist und welches die realen politischen positionen sind.

dass es sich bei der frage der „demokratie“ und des staates nicht um eine akademische frage handelt, wurde in der geschichte vielfach bewiesen. man braucht nur an chile unter Allende zu denken – dessen ermordung am 11. September 1973 sich in diesem jahr zum 40. Mal jährte –, um zu erkennen, dass der „sozialismus“ nicht mit demokratisch-parlamentarischen mitteln „eingeführt“ werden kann, sondern nur mit den mitteln des klassenkampfes auf allen ebenen der gesellschaft. diese erkenntnis gilt nicht nur für die „halbkoloniale“ welt, sondern auch für die länder mit langjähriger demokratischer tradition, wie in europa. der unterschied ist nur der, dass in europa die demokratisch-reformistischen illusionen besonders stark kulturell-psychisch verankert sind.

aber man muss gar nicht mal die historie bemühen: ein aktuelles beispiel für ein land der halbkolonialen sphäre ist Ägypten, das zwar einen revolutionären prozess (den sog. arabischen frühling) begonnen, diesen aber nicht zu ende geführt hat. es ist die quasi negative bestätigung für die these der theorie der permanenten revolution, dass auch „demokratische“ aufgaben der revolution nur unter führung einer revolutionären arbeiterInnenklasse gelöst werden können. statt demokratische hoffnungen zu erfüllen, hat die steckengebliebene „ägyptische revolution“ nun als systemstabilisierende „notbremse“ eine militärdiktatur hervorgebracht und als nebeneffekt den einfluss des islamismus verstärkt. dies ist natürlich für die ägyptischen unterklassen eine massive niederlage und ein rückschlag, der eine erneute revolutionierung in den arabischen gesellschaften um jahre – wenn nicht jahrzehnte – zurückwerfen könnte! auch dies zeigt, dass eine (potentiell revolutionäre) Massenbewegung, die nicht die zentralen stellen der Staatsmacht durch ihre eigenen organe ersetzt, notwendig einen konterrevolutionären backlash hervorbringt, und damit die restauration des *ancien regime* (hier: des schon unter Mubarak wichtigen Militärs) auf gleicher – kapitalistischer! – grundlage ermöglicht, obwohl das Regime in der krise eigentlich schon schwer angeschlagen war.

oder um es mit Danton zu sagen: Wehe den Revolutionären, die eine Revolution nicht zu Ende führen!

wir brauchen schließlich nur nach griechenland zu schauen, um einen vorge-schmack davon zu bekommen, wie eine gesellschaft aussähe, wenn wirklich die „Machtfrage“ auf der tagesordnung stände. wohlgemerkt, in griechenland steht, was die subjektiven kräfteverhältnisse betrifft, aktuell die „Machtfrage“

NICHT auf der agenda. die faschistische reaktion von der „Goldenen Morgenröte“ wittert aber zumindest schon morgenluft und übt ihre rolle als konterrevolutionärer stosstrupp schon mal in kämpfen mit linken und migranten und anderen „randgruppen“ ein. jetzt, wo ich diese zeile schreibe, las ich kurz vorher die meldung, dass ein musiker, der auch mitglied von Antarsya³ war, von faschisten der „Goldenen Morgenröte“ ermordet wurde. man sieht also, der (potentielle) kampf um die (Staats)Macht ist ein blutiger kampf auf leben und tod, und keine akademische diskurs-übung!

auch die ganzen generalstreiks – obwohl sie eine enorme kampfkraft der griechischen arbeiterInnenklasse gezeigt haben – konnten an den politischen und sozialen verhältnissen nichts ändern. und das liegt nicht nur an den reformistisch-stalinistischen führungen und der schwäche der „radikalen linken“, sonder auch daran, dass ein generalstreik nur dann zum ziel führen kann, wenn die streikenden BEWUSST DIE MACHTFRAGE stellen (also die eroberung der Staatsmacht anstreben).⁴ andernfalls sind die streikenden immer am kürzeren hebel gegenüber dem Kapital, das auch noch die bürgerliche Staatsmacht und die Massenmedien im rücken hat.

aus all dem kann nur eine lehre gezogen werden: die Gewaltfrage (also die frage der Staatsmacht) kann nicht nur von einem rein defensiven standpunkt angegangen werden (wenn es auch taktisch und von den kräfteverhältnissen her unter gewissen historischen bedingungen sinn macht, so an sie heranzugehen), sondern man muss sich auch darauf vorbereiten, selbst die initiative zu ergreifen, um den Herrschenden die bastionen ihrer Machtbasis streitig zu machen⁵, und das sind nicht irgendwelche Wahlämter, sondern im wesentlichen die bewaffneten formationen (Armee, Polizei, Justiz) und die ideologischen staatsapparate, deren hegemonie ebenfalls überwunden werden müssen als voraussetzung des „revolutionären bruchs“.

darin liegt die eigentliche bedeutung dieser kleinen digitalen ‚broschüre‘: die revolutionären essentials zu verteidigen, um die grundlagen zu legen für die annäherung der subjektiv revolutionären gruppen auf der basis inhaltlich-programmatischer konvergenz als erster schritt zum aufbau einer revolutionären organisation.

in diesem sinne: FÜR EINEN REVOLUTIONÄREN „NAO PROZESS“ ZUM AUFBAU EINER REVOLUTIONÄREN ORGANISATION, DIE DIESEN NAMEN AUCH VERDIENST!

Berlin 19. September 2013

³ <http://en.wikipedia.org/wiki/Antarsya>.

⁴ S. dazu Leo Trotzki, *Terrorismus und Kommunismus*. Anti-Kautsky / Karl Kautsky, *Von der Demokratie zur Staatssklaverei* hrsg. von Hans-Jürgen Mende, Dietz: Berlin, 1990, 26 f.

⁵ ebd., 37.

GAM und Leninismus: Bald ist nichts mehr übrig!

von DGS_TaP

Am 3. August schrieb ich im [blog zum NaO-Prozeß](#): „etwas anderes, als strittige Fragen ausklammern, wäre – um des Kompromisses willen – für *falsch* gehaltene Aussagen zu unterschreiben. Aber ich vermutete mal, daß die GAM bisher im 3er-Entwurf [für ein „Programmatisches Manifest“ des NaO-Prozesses] keinen Satz unterschrieben hat, den sie für falsch hält – aber vielleicht passiert auch das noch, wenn die SIB ihren Demokratie-Text durchdrückt.“ – Genau dies ist inzwischen passiert!

Als die GAM noch nicht im Fahrwasser des SIB-Populismus schwamm

Im Jahr 2000 schrieb der Genosse Martin Suchanek unter der Überschrift „Antiautoritäre Sackgasse“:

„Demokratie‘ ist eine Form der Klassenherrschaft, der Herrschaft von Menschen über Menschen. Die bürgerliche Demokratie ist nichts weiter als die mehr oder weniger verhüllte Diktatur der Bourgeoisie. Die Räte­demokratie, die Räte­herrschaft ist nicht minder eine Form der Klassenherrschaft – die Herrschaft des Proletariats“

(<http://www.arbeitermacht.de/thema/linke/anarcho-autonom/sackgasse.htm>)

Es gibt also nicht „die Demokratie“ schlechthin, sondern mindestens *zwei* Formen, zwei *Typen* von Demokratie: bürgerliche Demokratie und Räte­demokratie. Nach Formulierung dieser These setzte Martin Suchanek in seinem damaligen Artikel wie folgt vor:

„Für die Anti-Autoritären erscheint Demokratie demgegenüber als klassenneutrales Gut. Natürlich kennen auch sie die Kritik an der ‚schlechten‘ Demokratie, dem Parlamentarismus oder der Räte­demokratie. ‚Schlecht‘ gelten ihnen beide, weil sie politische Formen der Herrschaft von Klassen ~~Sich~~ setzen die kleinbürgerlichen Radikalen die Vorstellung einer ‚reinen‘, herrschaftsfreien Demokratie entgegen. In den letzten Jahren machte dies oft unter dem Titel ‚Basisdemokratie‘ oder ‚direkte Demokratie‘ die Runde. Wie wenig demokratisch diese Formen in Wirklichkeit sind, kann jeder bestätigen, der mehrere Male bei autonomen Plena, studentischen Basisgruppen oder z.B. bei der internationalen Versammlung von INPEG in Prag ausgeharrt hat.“

(<http://www.arbeitermacht.de/thema/linke/anarcho-autonom/sackgasse.htm>)

Und der britischen *Militant*-Strömung hält die GAM auf ihrer homepage entgegen:

„Die wirkliche Bedeutung seiner [Militants] Ablehnung des Begriffs ‚Diktatur des Proletariats‘ ist seine Weigerung zu akzeptieren, dass der Arbeiterstaat

nicht einfach eine demokratische Gesellschaft ist. Sozialistische Aufgaben können der Ausweitung der Demokratie auf den Klassenfeind widersprechen und widersprechen ihr. Die Waffen des proletarischen Terrors werden gegen diese Klasse benutzt werden müssen. Der Arbeiterstaat ist eine Gesellschaft, in der das Proletariat seinen Willen der ganzen Gesellschaft aufzwingt – diktiert – und dabei Demokratie für den Klassenfeind unterdrückt, wenn es die Aufgaben der Revolution notwendig machen. Diktatur heißt deshalb nicht einfach ‚Vorherrschaft‘. Es heißt nicht einfach ‚Arbeiterdemokratie‘.¹ Es heißt auch, und zwar unvermeidlich, Zwang – mit Waffengewalt – gegen all die, die versuchen, den Arbeiterstaat wirtschaftlich, politisch oder militärisch zu unterminieren.“

(<http://www.arbeitermacht.de/broschueren/sav/staatsfrage.htm>)

Die „Diktatur des Proletariats“ ist nach Überzeugung der GAM also nicht nur eine Ausweitung der Demokratie. Sie ist auch nicht nur eine „Arbeiterdemokratie“ – eine in sich ruhende, stabile Demokratie, in der die Noch-Lohnabhängigen in ähnlicher Weise besser zum Zuge kommen, wie in der bürgerlichen Demokratie die Angehörigen der kapitalistischen Klasse besser zum Zuge kommen. Denn dieses ‚besser zum Zuge kommen‘ ist noch nicht alles: In bestimmten historischen Situationen reicht es – sowohl in bürgerlichen als auch in sozialistischen Staaten – für die jeweils herrschende Klasse *nicht* aus, sich auf jene institutionellen Mechanismen zu verlassen, die eine konkrete Form von Demokratie zu einem Typ dieser oder jener Klassenherrschaft machen. Vielmehr müssen wir in bestimmten historischen Situationen mit der Anwendung von Gewalt, auch über die Gesetze hinaus, bis hin zum BürgerInnenkrieg rechnen:

„Die Diktatur einfach mit Arbeiterdemokratie gleichzusetzen, bedeutet die Massen einzulullen, die Notwendigkeit zu ignorieren, dass sie erkennen, dass Zwang und, wenn notwendig, revolutionäre Gewalt bis zu und ein-

¹ Anm. DGS: Der Text zitiert die Ausdrücke „Vorherrschaft“ und „Arbeiterdemokratie“ aus einem Text in *Militant International Review* (no. 33, p. 11), wo es (laut deutscher Übersetzung der GAM) heißt: „Es war Marx, der zuerst die Frage der ‚Diktatur des Proletariats‘ stellte, um die neuen Arbeiterstaaten zu charakterisieren, die sich auf die Einbeziehung und Zustimmung der Mehrheit stützen – im Gegensatz zur ‚Diktatur des Kapitals‘. Angesichts der riesigen Totalitarismen von Diktaturen, die in Deutschland, Italien, Spanien entstanden sind und auch der stalinistischen Regimes, hat die Bedeutung totalitärer Unterdrückung, die mit dem Wort ‚Diktatur‘ verbunden wird, den Sinn verwischt, der von Marx beabsichtigt war: ‚Vorherrschaft‘. Heute ist der richtige Begriff, um die wahre Bedeutung zu erlangen, ‚Arbeiterdemokratie‘.“ – Die GAM wendet sich mit ihrer Kritik an *Militant* also *dagegen*, den Begriff „Diktatur des Proletariats“ im Sinne von bloßer ‚Vorherrschaft des Proletariats‘ bzw. bloßer ‚Arbeiterdemokratie‘ entschärfend zu interpretieren und ihn dann – in der Folge dessen – zugunsten dieser beiden Ausdrücke fallenzulassen.

Die GAM liegt mit ihrer Kritik an *Militant* und ihrer Verteidigung des Begriffs der „Diktatur des Proletariats“ – in dem Fall zurecht – ganz auf einer Linie mit Trotzki, aber auch mit dem maoistisch beeinflussten Vertreter des strukturalen Marxismus, Louis Althusser.

Trotzki schrieb 1920 in „*Terrorismus und Kommunismus*. Anti-Kautsky“: „Wer auf die Diktatur des Proletariats verzichtet, der verzichtet auf die soziale Revolution und trägt den Sozialismus zu Grabe.“ (hier zit. n. dem von Hans-Jürgen Mende hrsg. Neudruck zusammen mit Karl Kautskys Antwort *Von der Demokratie zur Staatsklaverei*, Dietz: Berlin, 1990, 25).

Und Althusser hielt der Aufgabe des Begriffs der „Diktatur des Proletariats“ durch die Französische Kommunistische Partei entgegen: Diejenigen, die das Ziel der Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates aufgeben; diejenigen, die über das Absterben des Staates schweigen und beides durch den Begriff der ‚Demokratisierung des Staates‘ ersetzen, die reduzieren das ‚ganze Ensemble des Klassenkampfes in Ökonomie, Politik und Ideologie‘ auf den politischen Klassenkampf, letztlich auf „Wahl- und parlamentarische Kämpfe“; die neue Strategie der KPF sei „demokratische[s] Abenteuerium“ (Louis Althusser, *Die Krise des Marxismus*, VSA: Hamburg, 1978, 12 f.).

schließlich Bürgerkrieg und ‚rotem Terror‘ wahrscheinlich angewendet werden müssen, um die Existenz des Arbeiterstaates zu sichern. Es bedeutet, die Arbeiterklasse über die Aufgaben, die vor ihr liegen, zu belügen.“
<http://www.arbeitermacht.de/broschueren/sav/staatsfrage.htm>

Ich würde meinerseits gar nicht sagen, daß „das Proletariat [in der Diktatur des Proletariats] seinen Willen der ganzen Gesellschaft aufzwingt“, aber das ist auf alle Fälle zutreffender, als die sozialistische Übergangsgesellschaft einfach als eine (*quantitative*) Ausweitung von Demokratie bzw. als immer stärkere Ausweitung von Demokratie, bis wir schließlich bei der „wirklichen“ oder „reinen“ Demokratie ankommen, darzustellen.

Ich würde meinerseits sagen: Die sozialistische Übergangsgesellschaft ist eine andere (u.a. die Trennung von Ökonomie und Politik² sowie die relative Verselbständigung von Regierung und Verwaltung überwindende) *Qualität* von Demokratie. Aber die sozialistische Demokratie kann genauso wie jede andere Demokratie in die Verlegenheit kommen, den Ausnahmezustand erklären und die politischen Freiheitsrechte suspendieren zu müssen³. Auch für den sozialistischen Staat gilt, was Gramsci über den bürgerlichen Staat sagt: Er ist keinesfalls nur Zwang, sondern er ist (und muß sein, wenn er bestehen will!) „*Hegemonie*, gepanzert mit Zwang“⁴. – Aber: „Diktatur des Proletariats“ bezeichnet genauso wenig wie „Diktatur der Bourgeoisie“ (!) nur die Panzerung bzw. eine solche Suspendierung der politischen Freiheitsrechte (danach hört es sich in dem GAM-Text etwas an). Vielmehr bringen die Ausdrücke „Diktatur des ...“ / „Diktatur der ...“ zum Ausdruck, daß *jeder* Staat Klassenstaat, daß *jede* Demo-

² Die „proletarische Demokratie“ ist die „Demokratie, die erstmals die Trennung von Ökonomie und Politik aufhebt“ (*Diktatur des Proletariats – Klassenherrschaft oder Harmoniemodell?* Kritische Bemerkungen zu den Thesen des „Vereinigten Sekretariats der 4. Internationale“, in: *ergebnisse & perspektiven*. theoretisches organ von: spartacusbund [BRD] und internationale kommunistische liga [österreich] [Nr. 8, mai 1979](#), 20 - 28 [24]).

³ Siehe dazu Trotzki: „It is possible that the dictatorship of the proletariat in Germany will also have to employ exceptional laws against exploiters: that depends upon the historic moment, upon international conditions, upon the relation of internal forces.“
<http://marxists.org/archive/trotsky/germany/1933/330714.html>

⁴ Staat (im integralen Sinne) „= politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt *Hegemonie*, gepanzert mit Zwang“ (Antonio Gramsci, *Gefängnishefte*. Bd. 4: 6. Heft, § <88>. *Gendarmen-/Nachtwächterstaat*, usw., Argument: Hamburg, 1992, 783 – meine Hv.).

Zu ignorieren, daß der Staat „in integraler Bedeutung: Diktatur + Hegemonie“ ist, führt „zur Unterschätzung des Gegners und seiner Kampforganisation“ (ebd., Bd. 4: 7. Heft, § <155>. *Vergangenheit und Gegenwart. Politik und Kriegskunst*, 823 - 824 [824]). „Die ‚normale‘ Ausübung der Hegemonie auf dem klassisch gewordenen Feld des parlamentarischen Regimes zeichnet sich durch eine Kombination von Zwang und Konsens aus“ (ebd., Bd. 1: 1. Heft, § <48>. *Der umgekehrte Jakobinismus von Charles Mauras*, 1991, 119 – 125 [120]). Wie wir sehen, schwankt Gramscis Terminologie, ohne daß sich seine Position in der Sache ändert: Im ersten und zweiten Zitat verwendet er „Hegemonie“ in der Bedeutung von „Konsens“ im dritten Zitat, während „Hegemonie“ im dritten Zitat ein Synonym zu „Staat (in integraler Bedeutung [...])“ im zweiten Zitat ist. – In jedem Fall kommen aber *beide* (wie auch immer benannte) Momente zusammen.

S. zum gleichen Thema auch noch: „gesellschaftliche Hegemonie [...] und [...] staatliche Herrschaft“ / „Konsens und [...] Zwangsapparat“ (ebd., Bd. 3, 4. Heft: § <49>. *Die Intellektuellen*, 1992, 513 - 524 [515]) / „Moment der Hegemonie und des Konsenses als notwendiger Form des konkreten geschichtlichen Blocks“ (ebd., Bd. 6, 10. Heft. Teil I, <§> 12, 1994, 1249).

Der „staatliche Zwangsapparat“ gewährleistet zunächst einmal die „‚legale‘ Disziplin derjenigen Gruppen [...], die weder aktiv noch passiv ‚zustimmen‘“, aber er ist „für die gesamte Gesellschaft in der Voraussicht von Krisenmomenten im Kommando und in der Führung, in denen der spontane Konsens schwindet, eingerichtet“ (ebd., Bd. 7, 12. Heft, <§ 1>, 1996, 1497 - 1521 [1502]).

kratie „Klassendemokratie“ ([Lenin](#)) ist⁵ und daß es daher keine „reine“ Demokratie gibt und geben kann, an der die ‚unreinen‘ Formen von Demokratie – nach einer quantitativen „mehr oder weniger“-Logik – gemessen werden könnten. Und folglich ist die sozialistische Demokratie auch keine reale(re) oder reine(re) Demokratie als die bürgerliche Demokratie, sondern eine *andere* Demokratie. Die *Form*, der *Formunterschied* ist *wesentlich*⁶ – und *nicht nur* ein *gradueller* Unterschied! Auch ein Ballettschuh ist *weder mehr noch weniger* Schuh als ein Bergstiefel, sondern ein anderer Typ von Schuh; unterschiedliche Qualitäten (Typen) können nicht an der gleichen *quantitativen* mehr/weniger-Skala gemessen werden!

Aber sehr wohl ist der sozialistische Übergangstaat, die „Diktatur des Proletariats“, *nicht nur* Zwang, sondern auch eine der politischen Formen, in der nach einer antikapitalistischen Revolution um die Hegemonie in der Gesellschaft gerungen wird – aber auch dieses Ringen um Hegemonie ist kein *small talk* bei einer [dinner party](#).

Des weiteren würde ich meinerseits auch nicht sagen: „Die bürgerliche Demokratie ist nichts weiter als die mehr oder weniger verhüllte Diktatur der Bourgeoisie.“ Die bürgerliche Demokratie ist nicht nur eine unbedeutende ‚Hülle‘, sondern eine *spezifische Form* der „Diktatur der Bourgeoisie“ an der – verglichen mit bspw. Faschismus und Militärdiktaturen – KommunistInnen ein *spezifisches Interesse* haben, solange sie nicht in der Lage sind, *jede* Form der Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu stürzen. Trotzdem bleibt an den damaligen Ausführungen der GAM zutreffend: Bürgerliche Demokratie steht nicht im Widerspruch zu, sondern ist eine der Formen bürgerlicher Klassenherrschaft; und über den Klassen stehende *Demokratie an und für sich* gibt es *nicht*, sondern nur spezifische Formen von Demokratie, die spezifische Formen je unterschiedlicher Formen von Klassenherrschaft sind.

Eine weitere Morgengabe der GAM an eine „breite“ NaO

Genau die allgemein-demokratischen, demokratie-idealistischen Thesen, die der Gen. Suchanek im Jahr 2000 zurecht kritisierte, unterschreibt Gen. Suchanek nunmehr – als Vertreter der GAM in der Manifest-AG des NaO-Prozesses. Denn damit aus dem GAM-Traum von einer NaO als Teich, in dem die GAM neue Mitglieder fischen kann ([1](#), [2](#) [beide von systemcrash], [3](#) [von Martin], [4](#) [von systemcrash und mir]), etwas werden kann, braucht die GAM die SIB. (Denn eine NaO, die nur von der GAM selbst gegründet würde, wäre kein

⁵ <http://www.nao-prozess.de/blog/warum-der-sozialismus-kein-etappenziel/#footnote-2>.

⁶ „Die Form ist wesentlich.“ ([LW 38](#), 77 - 229 [134]).

Fischteich der GAM, sondern die GAM selbst.) Und die [SIB, die im Herbst 2011 im Berliner Krisenbündnis noch gegen das Gerede von der „echte Demokratie“ auftrat](#), wird mittlerweile von dem [Demokratie-Rhetoriker Tino P.](#) geführt...

Also unterschreibt die GAM nunmehr die – im Jahr 2000 noch kritisierte – „direkte Demokratie“, während die – im Jahr 2000 noch befürwortete – Räteherrschaft⁷ keine direkte, sondern vielmehr eine Form der indirekten Demokratie ist.

Und was die GAM im Jahr 2000 noch als „Vorstellung einer ‚reinen‘ [...] Demokratie“ *kritisierte*, hält die GAM als „echte‘, ‚reale‘ oder ‚authentische‘ Demokratie“ nunmehr für „positiv aufzunehmen“.

Im mittlerweile vorliegenden endgültigen Vorschlag der sog. 3er-AG für einen Entwurf für ein sog. „Programmatisches Manifest“, der beim nächsten bundesweiten Treffen zum NaO-Prozeß Gegenstand der Diskussion sein wird, wird behauptet: „Sozialistische Demokratie [...] bedeutet direkte Demokratie [...]. Wenn heute in sozialen Bewegungen der Ruf nach ‚echter‘, ‚realer‘ oder ‚authentischer‘ Demokratie ertönt, so ist dies zuerst einmal positiv aufzunehmen. Des Weiteren wird in dem Manifest-Entwurf – vordergründig plausibel, aber tatsächlich zu kritisieren (s. dazu unten) – behauptet: „Während diese [die bürgerliche Spielart der Demokratie] die Herrschaft einer kleinen Minderheit verhüllt, [...], kämpfen wir für ein System der Rätedemokratie, in dem die große Mehrheit der Gesellschaft, die Lohnabhängigen herrschen, [...]. Eine solcherweise organisierte Gesellschaft muss mit einer *massiven Ausweitung* demokratischer Rechte einhergehen.“ Und: „Die Rätedemokratie einer zukünftigen Gesellschaft wird *unvergleichlich demokratischer* sein als die bestehende Gesellschaft“ (meine Hv.). – Wir haben im Manifest-Entwurf also die von der GAM bei früherer Gelegenheit noch kritisierte undifferenzierte, quantitative Ausweitung-Rhetorik.

*Von der „reinen“ Demokratie (des Karl Kautsky)
zur „realen“ Demokratie (der SIB)*

Die im NaO-Prozeß überwiegend versammelten LeninistInnen und Ex-LeninistInnen werden sich des – von Lenin heftig kritisierten – Konzeptes der „reinen Demokratie“ des Sozialdemokraten Karl Kautsky erinnern. Für die an-

⁷ Im Manifest-Entwurf ist zwar von „Rätedemokratie“ und „sozialistischer Demokratie“ die Rede, aber nicht von „Räteherrschaft“, wie auch ansonsten nicht ausgesprochen wird, daß es in einer sozialistischen Übergangsgesellschaft, die als solche (d.h.: als Übergangsgesellschaft) noch nicht der Kommunismus ist, noch Herrschaft gibt. – Unter Verwendung des Verbs „herrschen“ wird dies zwar an einer Stelle angedeutet: Wir „kämpfen [...] für ein System der Rätedemokratie, in dem die große Mehrheit der Gesellschaft, die Lohnabhängigen herrschen, ohne an die Fesseln des Privateigentums der Produktionsmittel gebunden zu sein.“ Aber dies hört sich weniger nach Klassenherrschaft im strengen Sinne als vielmehr nach „Herrschaft“ qua Mehrheit an.

deren LeserInnen sei es hier kurz erläutert: Karl Kautsky war am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts der wichtigste Theoretiker der klassischen Sozialdemokratie und galt damals Vielen als theoretischer und politischer Erbwalter von Marx und Engels. Rosa Luxemburg schrieb im Gegensatz dazu bereits 1910 über ihn:

„Das wichtigste an dieser [Kautskys] jüngsten Schöpfung ist jedoch ihre allgemeine Tendenz, die dahin geht, einen schroffen Gegensatz zwischen dem revolutionären Rußland und dem parlamentarischen ‚Westeuropa‘ zu konstruieren [...]. [...] Genosse Kautsky [gibt] Schritt für Schritt die Lehren der russischen Revolution [von 1905] für das deutsche und westeuropäische Proletariat [...] preis.“

(<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1910/theoprax/theoprax3.htm>)⁸

Sein Konzept der „reinen Demokratie“ entwickelte Kautsky allerdings – wenn auch nicht voraussetzungslos (siehe zu diesen und anderen Aspekten demnächst vielleicht in einem separaten Artikel) – erst nach der Spaltung der Sozialdemokratie im und über den 1. Weltkrieg in Ablehnung der revolutionären Positionen der Linken in Deutschland (um Liebknecht und Luxemburg) sowie in Rußland (um Lenin und Trotzki).

Kautsky las Marx in folgender eigenwilliger Weise: Die Pariser *Commune* sei eine „Diktatur des Proletariats“ gewesen. In der Pariser *Commune* habe ein allgemeines Wahlrecht bestanden. Also gehe die „Diktatur des Proletariats“ aus der „reinen Demokratie“, d.h. einem Staat mit allgemeinem Wahlrecht, hervor:

„um zu erfahren, was Marx über die Diktatur des Proletariats dachte, dazu brauchen wir gar kein Rätselraten. Wenn Marx 1875 nicht mehr ausführte, was er unter der Diktatur des Proletariats verstehe, so geschah es wohl deshalb, weil er sich wenige Jahre vorher in seiner Schrift über den **Bürgerkrieg in Frankreich** (1871) darüber geäußert hatte. Dort erklärte er: ‚Die Kommune war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.‘

Also die Pariser Kommune war, wie das Engels in seiner Einleitung zur dritten Auflage der Marxschen Schrift ausdrücklich feststellt, ‚die Diktatur des Proletariats‘.

Sie war aber gleichzeitig nicht die Aufhebung der Demokratie, sondern beruhte auf ihrer weitestgehenden Anwendung auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts. Die Regierungsgewalt sollte dem allgemeinen Stimmrecht unterworfen werden.

‚Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten ... Das allgemeine

⁸ 1917 ergänzte Rosa Luxemburg diese Kritik durch den Vorwurf, die kautskyschen Richtung sei stets bereit, „die dauernden grundsätzlichen Interessen des Sozialismus der just vor der Nase liegenden Opportunitätsrücksicht zu opfern“ (<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1917/08/brenn3.htm>).

Stimmrecht sollte dem in Kommunen konstituierten Volke dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem anderen Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter usw. auszusuchen usw.' (S. 46, 47⁹)

Immer wieder¹⁰ spricht hier Marx vom allgemeinen Stimmrecht des gesamten Volkes, nicht vom Wahlrecht einer besonderen privilegierten Klasse. Die Diktatur des Proletariats war ihm ein Zustand, der bei überwiegendem Proletariat aus der reinen Demokratie notwendig hervorgeht.“

(<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/kautsky/1918/demo/demo2.htm> – Hv. i.O.)

Wenn die „Diktatur des Proletariats“ laut Kautsky aus der „reinen Demokratie“ hervorgeht, dann gilt auch, daß die „reine Demokratie“ ihrerseits auch *ohne* (schon vor) Existenz der „Diktatur des Proletariats“ bzw. des Sozialismus existieren kann. Demgemäß erklärt Kautsky an anderer Stelle der gleichen Schrift:

„Demokratie ist sehr wohl möglich ohne Sozialismus. Selbst die reine Demokratie ist denkbar ohne Sozialismus, zum Beispiel in kleinbäuerlichen Gemeinwesen, in denen völlige Gleichheit der ökonomischen Bedingungen für jedermann auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln besteht.“

(<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/kautsky/1918/demo/demo1.htm>) – während für Kautsky, wie wir gerade sahen, in einer Gesellschaft, die kein „kleinbäuerliche[s] Gemeinwesen“ ist, sondern in der die Lohnabhängigen den „überwiegende[n]“ Teil der Bevölkerung bilden, die „Diktatur des Proletariats [...] aus der reinen Demokratie *notwendig* hervorgeht.“ (meine Hv.)

Damit ist der revolutionäre Bruch, das Zerschlagen des bürgerlichen Staatsapparates, und die eventuelle Notwendigkeit, in einer sozialistischen Übergangsgesellschaft den Ausnahmezustand erklären zu müssen, aus der Theorie von Marx eliminiert – und an deren Stelle tritt Kautskys Dogma: „Für uns also ist Sozialismus ohne Demokratie undenkbar.“ (<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/kautsky/1918/demo/demo1.htm> – meine Hv.)

Forts. auf S. 18

⁹ = [MEW 17](#), 313 - 365 (339, 340). Anm. DGS

¹⁰ Anm. DGS: Anders als Kautsky behauptet, Marx spricht in seinem *Bürgerkrieg in Frankreich* nicht „[i]mmer wieder“ vom allgemeinen Stimmrecht. Vielmehr spricht Marx in dieser Schrift in Bezug auf die Pariser *Commune* genau an den beiden von Kautsky zitierten Sätzen sowie außerdem in einem dritten Satz vom allgemeinen Stimmrecht. Außerdem spricht Marx dort einmal in Bezug auf die französische Nationalversammlung von 1869 (329), einmal in Bezug auf das Kaisertum (337) und einmal in Bezug auf die französischen Gemeindewahlen am 30.04.1871 vom allgemeinen Stimmrecht (353). – Das synonyme Wort Wahlrecht verwendet Marx in der Schrift *gar nicht*. – Vier Jahre nach dem *Bürgerkrieg* kritisierte Marx an dem Gothaer Programm, daß dessen „politischen Forderungen [...] nichts enthalten außer der aller Welt bekannten demokratischen Litanei: allgemeines Wahlrecht, [...] etc.“ ([MEW 19](#), 11 - 32 [29]), was zeigt, daß für Marx – anders als für Kautsky – das allgemeine Stimmrecht *nicht* das A und O war. Anderenfalls hätte er nicht abschätzig von „Litanei“ gesprochen.

Wie Kautsky das Zerschlagen des bürgerlichen Staatsapparates, und die eventuelle Notwendigkeit, in einer sozialistischen Übergangsgesellschaft den Ausnahmezustand zu erklären, aus der Theorie von Marx beseitigte

1.a) Kautsky zitiert in seiner Broschüre *Die Diktatur des Proletariats* (Wien, 1918; Neudruck zusammen mit Lenins *Die Proletarische Revolution und der Renegat Kautsky* sowie Kautskys *Terrorismus und Kommunismus*, Dietz: Berlin, 1990, 7 - 87 [32]) zwar aus Marx' Schrift der *Bürgerkrieg in Frankreich*, aber er zitiert *nicht* die dortige Äußerung von Marx, daß „die Arbeiterklasse [...] nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und für ihre Zwecke in Bewegung setzen“ kann ([MEW 17](#), 313 - 365 [336]).

b) Kautsky lehnt in seiner Broschüre (S. 45) Lenins Charakterisierung der „Republik der Sowjets“ als „höhere *Form* der demokratischen Einrichtungen“ ([LW 26](#), 377 - 381 [377] – meine Hv.) ab und befürwortet Räte nur als Kampf-, aber nicht als Staatsapparate (S. 47). Für die Staatsapparate hält er dagegen an der Unterscheidung von „Regierung“ (34) und „gesetzgebende[r] Versammlung“ (49; vgl. 48: „Übergang zum Sozialismus“) fest. Kautsky läßt daher auch Marx' Satz, „Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische [...] Körperschaft sein“ ([MEW 17](#), 339), *unerwähnt*.

c) Kautsky spricht zwar von der „Eroberung der politischen Macht“ (z.B. 10, 12). Er erkennt sogar: „Eine Klasse kann herrschend bleiben und doch ein Wechsel der regierenden Partei eintreten“ (26). Und trotzdem stellt er sich die „Eroberung der politischen Macht“ *durch die / das* „herrschend“ Werden der Lohnabhängigen so vor, daß eine Partei, die das Klasseninteresse (25) der Lohnabhängigen vertritt, z.B. „die Sozialdemokraten[,] bei den Parlamentswahlen die Mehrheit bekommen“ (12). – Jene müsse vielleicht (aber auch das sei in Ländern mit tiefverankerter demokratischer Tradition eher unwahrscheinlich; s. dazu sogleich Nr. 3) gegen reaktionäre Gewalt *verteidigt* (12 f.) werden, aber die politische Macht sei durch das Wahlergebnis oder spätestens durch die ihm entsprechenden Regierungsbildung bereits erlangt, so die Implikation von Kautskys Schrift (Auf diese sozialdemokratische Haltung münzte Kurt Tucholsky während der Weimarer Republik den Spruch: „*Sie dachten, sie wären an der Macht, aber sie waren nur an der Regierung.*“). Von Umbau der Struktur und Funktionsweise der Staatsapparate sprach Kautsky jedenfalls nicht; schon gar nicht – wie aber Marx – von deren „*Zerschlagen*“ ([MEW 33](#), 205-206 [205] – kursiv i.O.), „Zertrümmerung“ ([MEW 8](#), 111 - 207 [204]) oder „Unterdrückung“ ([MEW 17](#), 313 - 365 [339]).

2. Kautsky schließt die Erklärung eines Ausnahmezustandes, in dem *politische* Freiheitsrechte eingeschränkt werden müssen, aus, indem er allein in *bestimmten* Fällen der *Gewaltanwendung* („nicht immer“) Gegengewalt für gerechtfertigt erklärt: „Eine Regime, das [...] in den Massen wurzelt, hat nicht die mindeste Veranlassung, die Demokratie anzutasten. Es wird sich nicht immer von Gewalttätigkeiten freihalten können, in Fällen, wenn Gewalt geübt wird, um die Demokratie zu unterdrücken. [...]. Aber ein Regime, das die Massen hinter sich weiß, wird die Gewalt nur anwenden, um die Demokratie zu *schützen*, und nicht, um sie aufzuheben. Es würde geradezu Selbstmord üben, wollte es seine sicherste Grundlage beseitigen, das allgemeine Stimmrecht, eine starke Quelle gewaltiger moralische Autorität.“ (ebd., 34).

- Kautsky vernachlässigt hier, daß es in der Politik – anders als in der Wissenschaft – in erster Linie um unterschiedliche *Interessen* und nicht in *erster Linie* um das bessere Argument oder – wie in der Ethik – um die stärkere „moralische Autorität“ geht. Mag auch in *the long run* die Einbuße von sog. „moralische[r] Autorität“ auch zum *politischen* Tode führen, so gilt das doch weder kurz- noch immer mittelfristig. Einschränkungen von Demokratie sind daher durchaus nicht immer der politische „Selbstmord“ derjenigen, die diese Einschränkungen vornehmen (egal, ob wir dies nun ‚gut‘ oder ‚schlecht‘ finden).
- Kautsky übersieht folglich, daß Ziel und Mittel *nicht* identisch sind: Selbst wenn wir die Frage des Absterbens jeder Herrschaft und daher auch der *Demokratie*, also der ‚Volks‘*herrschaft*, im Kommunismus ausblenden, so gilt jedenfalls: bürgerliche wie sozialistische Demokratie lassen sich manchmal am besten dadurch schützen, daß sie eingeschränkt werden. – Dies ist zwar für KommunistInnen ein heikles Manöver, wie die Geschichte der Sowjetunion nicht erst nach Lenins Tod gezeigt hat; aber derartige heikle Manöver sind – anders als Kautsky behauptet –

nicht prinzipiell untauglich und daher prinzipiell untunlich. Vielmehr kann eine diesbzgl. Kritik nur auf der Ebene der „konkrete Analyse ganz bestimmter historischer Situationen“ (LW 31, 153 - 155 [153]) ansetzen: *Welche* Repression gegen *welche* Leute um *was* durchzusetzen, war nützlich oder schädlich? etc.

- Kautsky übersieht, daß sich zwar Denken und Reden von Handeln *unterscheiden*, aber nicht immer *trennen* lassen. Vor einiger Zeit schrieb ich in einem unveröffentlicht gebliebenen Aufsatz über Fragen des Politischen Strafrechts in der BRD: „Es dürfte nicht nur SchmittianerInnen und LeninistInnen klar sein, daß gesellschaftliche Widersprüche so sehr eskalieren können, daß d[a]s liberale Modell von [...] absoluter Meinungsäußerungsfreiheit zusammenbricht. Dies ist dann der Fall, wenn eine oder beide (bzw. mehrere, um nicht binär zu formulieren) Seiten auf den Gegner/(Klassen)feind auch dann mit der *Kritik der Waffen* reagiert/en, wenn dieser die *Waffen der Kritik* verwendet. Ein solcher Zustand ist der Ausnahmezustand und das Ende der Meinungsäußerungsfreiheit. Dies kommt sicherlich in jeder bürgerlichen (und wahrscheinlich auch in jeder sozialistischen) Demokratie ab und an vor“. Und bereits Karl Radek [*Die russische Sowjetverfassung* (Die Verfassung der russischen Arbeiter-Räterepublik), ohne Orts- und Jahresangabe, S. 9 zit. n. *Die Diktatur des Proletariats*, a.a.O. (FN 2), 28, FN 42] erkannte: „Waffen [...], das sind nicht nur Gewehre, sondern auch die Freiheit der Presse, die Freiheit der Versammlungen und Vereinigungen; auch das können Waffen gegen die Arbeiter sein.“ – Freilich kommt es dabei entscheidend darauf an, zu bedenken, daß es sich bei der Bezeichnung von Zeitungen, Versammlungen und Vereinigungen als „Waffen“ um eine *Metapher* handelt. – *Wann, wo, von wem und um welchen Preis* dies (der Metapher-Charakter dieser Bezeichnung) in der Geschichte der KommunistInnen ‚vergessen‘ wurde, lohnt sicherlich eine ernsthafte Diskussion. Aber *diese* Diskussion zu führen, ist etwas anderes als – à la Kautsky – das zugrunde liegende Problem gar nicht erst zu sehen, daß es bei politischer Propaganda nicht nur um *Erkenntnisse*, wie die Welt *ist*, sondern auch um *Aufrufe zum Handeln* und um *Rechtfertigung von Handlungen* geht. – Bürgerliche Staaten ignorieren dies nicht, und auch sozialistische Staaten können es sich nicht immer leisten, dies zu ignorieren.

3. Selbst die Wahrscheinlichkeit, Gegengewalt gegen konterrevolutionäre Gewalt anwenden zu müssen, redete Kautsky klein: „Erstarkt [...] das Proletariat in einem demokratischen Staat soweit, daß es zahlreich und kraftvoll genug wird, die politische Macht durch Anwendung der gegebenen Freiheiten zu erobern, dann wird es der ‚kapitalistische Diktatur‘ recht schwer fallen, die nötigen Machtmittel aufzubieten, um die Demokratie, gewaltsam aufzuheben.“ „Je mehr die Demokratie [bereits im bisherigen System] herrscht, [...], um so größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß die politische Revolution eine friedlich sein wird.“ „Auf keinen Fall brauchen wir anzunehmen, daß sich in Westeuropa die Vorgänge der Großen Französischen Revolution wiederholen werden.“ (ebd., 38)

Zu allen drei Punkten bleibt die vom Manifest-Entwurf der 3-er AG ausgedrückte Position im Nebel:

zu 1.: Zwar wird im Manifest-Entwurf gesagt: „Die Institutionen des bürgerlichen Staates lassen sich nicht einfach für sozialistische Zwecke übernehmen, sie müssen durch ein System der Räterdemokratie ersetzt werden.“ Diese Einsicht wird aber sogleich wieder dadurch vernebelt, daß die Räterdemokratie als *bloß Steigerung* der bürgerlichen Demokratie dargestellt wird. Wir hätten es also eher mit einer *Ergänzung* als einer Ersetzung des bestehenden Staatsapparates zu tun. Auch wird in dem Entwurf in einer Weise (s. dazu genauer unten im Haupttext, S. 25) von „bürgerliche[n] Parlamenten“ gesprochen, die nahelegt, daß es auch sozialistische Parlamente geben könne oder daß Räte einfach nur ein anderer Name für Parlamente sei. Und von einem Zerschlagen oder einer Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates ist in dem Manifest-Entwurf genauso wenig die Rede, wie bei Kautsky.

zu 2.: Die Möglichkeit, in einer sozialistischen Übergangsgesellschaft politische Freiheitsrechte einschränken zu müssen, wird in dem Manifest-Entwurf nicht angesprochen. Statt dessen wird der Sozialismus – wie schon zitiert – als schlichte Ausweitung demokratischer Rechte dargestellt.

zu 3.: Deutlicher als Kautsky spricht der 3-er Entwurf immerhin aus: „die Reichen und Mächtigen werden es weder ‚übersehen‘ noch akzeptieren, dass ihnen ihre Eigentumsordnung (und ihr Staat) irgendwie ‚wegtransformiert‘ wird, sondern sich mit allen, auch und gerade gewaltsamen Mitteln dagegen wehren.“ Wie von Kautsky, so wird revolutionäre Gewalt aber auch durch die 3er-AG maximal als *defensive* bestimmt: „So zeigt sich die dringliche Notwendigkeit eines auch militanten Selbstschutzes gerade in Griechenland, wo faschistische Organisationen wie die ‚Goldene Mor-

genröte' Jagd auf MigrantInnen, Linke, GewerkschafterInnen machen oder die Polizei Streiks und Betriebsbesetzungen angreift.“

Diese Defensivrhetorik verbleibt vollständig in der politischen Logik Kautskys: Erst werden Parlamentswahlen gewonnen. Daneben finden selbstverständlich Massendemonstrationen statt – immer schön gewaltfrei –; es entstehen vielleicht auch Räte, aber jedenfalls noch nicht als Staatsorgane. Dann tritt das frei gewählte Parlament zusammen, beschließt (in der BRD mit der hier notwendigen verfassungsändernden 2/3-Mehrheit) die entschädigungslose Vergesellschaftung der Produktionsmittel, vielleicht auch die Umwandlung der parlamentarischen in eine Räterepublik, das Bundesverfassungsgericht weist die dagegen gerichteten Verfassungsbeschwerden als begründet zurück – und dann erst oder vielleicht auch schon vorher beginnt das Kapital, sich mit „auch und gerade gewaltsamen Mitteln dagegen“ zu wenden. Und *dagegen* ist dann – voll demokratisch von Tino P. und dem Bundesverfassungsgericht abgesegnet – „militante[r] Selbstschutz“ möglich, ausgeübt immer schön im Rahmen der Gesetze und insbesondere der Grundrechte von Polizei und nötigenfalls Bundeswehr, die jetzt voller demokratischer Überzeugung der neuen proletarischen Staatsmacht dienen, sowie einigen *ad hoc* aufgestellten und *völlig legal* bewaffneten ArbeiterInnenmilizen... – so die von der GAM mitgetragene Vorstellung der SIB von einer antikapitalistischen „revolutionären Umwälzung“ (Manifest-Entwurf).

Der auf S. 14 und 15 dargestellten Position von Kautsky hielt Lenin zweierlei entgegen:

Erstens – was die Sache selbst anbelangt:

„man [kann] nicht von ‚reiner Demokratie‘ sprechen [...], solange es verschiedene *Klassen* gibt, man [kann] da nur von *Klassendemokratie* sprechen [...]. (Nebenbei bemerkt: ‚Reine Demokratie‘ ist nicht nur eine *von Unwissenheit zeugende* Phrase, die Verständnislosigkeit sowohl für den Klassenkampf als auch für das Wesen des Staates offenbart, das ist auch eine durch und durch hohle Phrase, denn in der kommunistischen Gesellschaft wird die Demokratie, sich umbildend und zur Gewohnheit werdend, *absterben*, nie aber wird es eine ‚reine‘ Demokratie geben.)“ (LW 28, 225 - 327 [240 f.] – Hv. i.O.)¹¹

Und *zweitens* – was die Auffassung von Marx dazu anbelangt:

„Marx und Engels haben die Pariser Kommune aufs genaueste analysiert, sie haben gezeigt, daß es das Verdienst der Kommune war, versucht zu haben, die ‚fertige Staatsmaschine‘ *zu zerschlagen, zu zerbrechen*. Marx und Engels hielten diese Schlußfolgerung für so wichtig, daß sie 1872 an dem (teilweise) ‚veralteten‘ Programm des ‚Kommunistischen Manifests‘ *nur* diese Korrektur vornahmen. Marx und Engels haben gezeigt, daß die Kommune Heer und Beamtentum beseitigte, den *Parlamentarismus* vernichtete, den ‚Schmarotzerauswuchs Staat‘ zerstörte usw.“ (ebd., 239 – Hv. i.O.).

Und in der Tat schrieben Marx und Engels im Vorwort von 1872 zum *Kommunistischen Manifest von 1848*:

„Gegenüber den praktischen Erfahrungen [...] der Pariser Kommune, wo das Proletariat zum erstenmal zwei Monate lang die politische Gewalt innehatte, ist heute dies Programm [der „Maßregel“-Katalog am Ende des [2. Abschnitt](#)

¹¹ Siehe zu Letzterem auch: „die Aufhebung des Staates [bedeutet] auch die Aufhebung der Demokratie [...], [...] das Absterben des Staates [ist] ein Absterben der Demokratie ist“ (LW 25, 393 - 507 [469; vgl. ebd., 409]).

[tes](#) des *Kommunistischen Manifestes*, dg] stellenweise veraltet. Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß ‚die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und für ihre Zwecke in Bewegung setzen kann‘.“ ([MEW 18](#), 95 - 96 [96])

Der letzte Halbsatz in dem Zitat aus dem Vorwort von 1872 ist seinerseits ein Zitat aus Marx' *Der Bürgerkrieg in Frankreich* von 1871. Dort entwickelt Marx – in Weiterführung von Überlegungen in seinem *18. Brumaire des Louis Bonaparte* von 1852 den Gedanken, daß der bestehende Staatsapparat von den RevolutionärInnen nicht übernommen kann, sondern „zerbr[o]chen“ werden muß (siehe dazu die [dort](#) von mir angeführten Zitate aus der Schrift von 1871 [[MEW 17](#), 313 - 365 [[336, 339](#)]: Marx spricht dort von der „Unterdrückung des stehenden Heeres“ und vom „[B]rechen“ der „Pfaffenmacht“ sowie von der Verwandlung der Polizei und der anderen Beamten in ein „jederzeit absetzbare[s] Werkzeug der Kommune“ und von deren Besoldung mit nicht mehr als einem „Arbeiterlohn“. Außerdem sagt er: „Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische [...] Körperschaft sein“.). In etwa zeitgleich mit dem *Bürgerkrieg in Frankreich* schrieb Marx am 12.04.1871 an Ludwig Kugelmann (und dort findet sich das Verb „zerbrechen“): „Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚Achtzehnten Brumaire‘ nachsiehst, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution“ – gemeint: der nächsten Revolution in Frankreich – „ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andre zu übertragen, sondern sie zu *zerbrechen*“ ([MEW 33](#), 205-206 [[205](#)] – Hv. i.O.). Marx kritisierte im – gerade erwähnten – *18. Brumaire* von 1852 an den bisherigen Umwälzungen, daß sie die Staatsmaschine „vervollkommneten [...] statt sie zu brechen. Die Parteien, die abwechselnd um die Herrschaft rangen, betrachteten die Besitznahme dieses ungeheueren Staatsgebäudes als die Hauptbeute des Siegers.“ ([MEW 8](#), 111 - 207 [[197](#)]). Als Alternative dazu entwickelte Marx im Anschluß daran die Perspektive der „Zertrümmerung“ der „militärisch-bürokratischen Regierungsmaschinerie“ durch ein Bündnis von ArbeiterInnen und BäuerInnen:

„Die staatliche Zentralisation, deren die moderne Gesellschaft bedarf, erhebt sich nur auf den Trümmern der militärisch-bürokratischen Regierungsmaschinerie, die im Gegensatz zum Feudalismus geschmiedet ward. Die Zertrümmerung der Staatsmaschinerie wird die Zentralisation nicht gefährden. Die Bürokratie ist nur die niedrige und brutale Form einer Zentralisation, die noch mit ihrem Gegensatze, dem Feudalismus, behaftet ist. Mit der Verzweiflung an der napoleonischen Restauration scheidet der französische Bauer von dem Glauben an seine Parzelle¹², stürzt das ganze auf diese Parzelle aufgeführte Staatsgebäude zusammen und erhält *die proletarische Revoluti-*

¹² Gemeint: ‚In Folge davon, daß sich die bisherige Unterstützung der BäuerInnen für die napoleonische Restauration in Verzweiflung wandelt und daß sie an dieser zu zweifeln beginnen, geben sie auch den Glauben, ihre Anhänglichkeit an die überkommene bäuerliche Parzellwirtschaft ([Parzelle = kleines Stück Land](#)) auf.‘

on das Chor¹³, ohne das ihr Sologesang in allen Bauernnationen zum Sterbelied wird.“ (ebd., [204 mit FN 1](#))¹⁴

Genau das *Zerbrechen* (Marx: Brief an Kugelmann; MEW 33, 205), die *Zertrümmerung* (Marx: 18. *Brumaire*; MEW 8, 204) des bürgerlichen Staatsapparates und die „Unterdrückung“ seines „stehenden Heeres“ (Marx: *Bürgerkrieg in Frankreich*; MEW 17, 339) fehlte damals bei Kautsky, und sie fehlen heute im Manifest-Entwurf der SIB/GAM-Linie.

Wie sich der Manifest-Entwurf der SIB/GAM-Linie den Umgang mit den „Institutionen des bürgerlichen Staates“ vorstellt

Zum Umgang mit den „Institutionen des bürgerlichen Staates“ heißt es in dem Manifest-Entwurf der SIB/GAM-Linie lediglich: „Die Institutionen des bürgerlichen Staates lassen sich nicht einfach für sozialistische Zwecke übernehmen, sie müssen durch ein System der Rätedemokratie ersetzt werden.“ – Die Formulierung „sie müssen [...] **ersetzt** werden“ entspricht der bereits [am 2. Oktober 2012 von mir](#) als *unzureichend* kritisierten Formulierung „**Ersetzung** des bürgerlichen Staatsapparates“.

Gegen Kritik an jener Formulierung im Manifest-Entwurf der SIB/GAM-Linie kann auch nicht eingewendet werden, daß die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates auch schon nicht in dem SIB-Vorschlag (vom 12.11.2012) für die Essentials zum NaO-Prozeß vorkam und auch nicht in dem (aktuellen) Arbeitsstand der Essential-AG des NaO-Prozesses vorkommt.

Denn **zum einen** verstehen sich beide Essential-Papiere als Vorschläge für einen bloßen *Minimalkonsens* eines *Bündnisses* subjektiv revolutionärer Gruppen, der der Weiterentwicklung und Konkretisierung bedarf, während das Manifest seitens SIB und GAM als *Gründungsdokument* einer Berliner NaO, die [Ausstrahlung auf andere Städte](#) haben und damit der Startschuß für eine bun-

¹³ Wortspiel von Marx mit den lautidentischen Wörtern „[der] Chor“ (= [singende oder musizierende Gruppe, die ein Musikstück vorträgt](#)) und „[das] Coprs“ (= [größerer Truppenverband](#)).

¹⁴ Daß Marx die Sätze nach dem ersten Satz in dem angeführten Zitat in der 1869er Auflage des 18. *Brumaire* wegließ, kann für die hier interessierende Frage keine inhaltliche Bedeutung haben (sondern allenfalls für die Einschätzung der bäuerlichen Klasse durch Marx). Denn bereits 1871 bekräftigte Marx – in seinem im Haupttext zitierten Brief an Kugelmann – die Perspektive des *Zerbrechens* der „bürokratisch-militärische Maschinerie“. Außerdem enthält die Auflage von 1869 die kurz zuvor stehende Stelle aus der Erstauflage von 1852 *unverändert*, wo Marx – etwas pauschal – ‚der Revolution‘ (also konkret: der als nächste erwarteten proletarischen Revolution in Frankreich) die Aufgabe stellt, nach der (durch die bonapartistischen Diktatur bereits zerstörten) parlamentarischen Gewalt nun auch die Exekutivgewalt zu zerstören: „Sie vollbringt ihr Geschäft mit Methode. Bis zum 2. Dezember 1851 hatte sie die eine Hälfte ihrer Vorbereitung absolviert, sie absolviert jetzt die andre. Sie vollendete erst die parlamentarische Gewalt, um sie stürzen zu können. Jetzt, wo sie dies erreicht, **vollendet sie die Exekutivgewalt**, reduziert sie auf ihren reinsten Ausdruck, [...], **um alle ihre Kräfte der Zerstörung gegen sie zu konzentrieren**. Und wenn sie diese zweite Hälfte ihrer Vorarbeit vollbracht hat, wird Europa von seinem Sitze aufspringen und jubeln: Brav gewählt, alter Maulwurf!“ ([MEW 8, 196](#) - kursive Hv. i.O.; fette hinzugefügt).

Ganz im Gegensatz zu Kautskys hier bereits weiter oben (S. 15) zitierter Behauptung, erwartete Marx also kein Hervorgehen der „Diktatur des Proletariats“ aus einer „reinen Demokratie“ ([Kautsky](#)). Vielmehr erwartete Marx, daß sie gegen eine – aus einer *Zerstörung* des Parlamentarismus hervorgehende – *Vervollkommung der bürgerlichen Exekutivgewalt* durchgesetzt werden muß, wenn die Revolution denn erfolgreich sein soll. Marx ging also (nicht [nur] für ein so ‚rückständiges‘ Land, wie Rußland, sondern für ein so ‚entwickeltes‘ Land, wie Frankreich, mit starken bürgerlich-demokratischen Traditionen *nicht* von einem friedlich-harmonischen Übergang, sondern von einer gewaltsamen Zuspitzung der Widersprüche aus. – Von „Diktatur des Proletariats“ sprach Marx im übrigen – wohl erstmals –, parallel zur Fertigstellung des 18. *Brumaire*, in einem Brief an Joseph Wedemeyer vom 05. März 1852. Marx beanspruchte dort – vielleicht etwas vollmundig, wenn wir an die Möglichkeit des Fehlschlagens des Klassenkampfes denken –, nachgewiesen zu haben, daß „der Klassenkampf notwendig zur *Diktatur des Proletariats* führt“ und „daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur *Aufhebung aller Klassen* und zu einer *klassenlosen Gesellschaft* bildet.“ ([MEW 28, 503 - 509 \[508\]](#) – Hv. i.O.).

desweite „Neue antikapitalistische *Organisation*“ sein soll, verstanden wird. Ein Bündnis kommt aber mit viel weniger inhaltlicher Übereinstimmung aus, als eine Organisation.

Zum anderen:

- Zu dem SIB-Vorschlag für die NaO-Essentials verweise ich auf meine Stellungnahme vom 15. November 2012:

„Auch die Formulierung in dem Beschluß zum Umgang mit den bürgerlichen Staatsapparaten ist vertretbar, wenn auch verbesserungsfähig und -würdig. Gegen die Formulierung ‚Ersetzung‘ des bürgerlichen Staatsapparates [wandte ich vor ein paar Wochen ein](#): ‚Wenn ich AutobesitzerIn wäre und an meinem Wagen demnächst die Sommerreifen durch Winterreifen *ersetzen* würde, dann würde ich die Sommerreifen nicht zerstören, sondern die Sommerreifen bis zum nächsten Frühjahr im Keller einlagern. Bürgerliche Staatsapparate lassen sich aber nicht einfach im Keller einlagern, sondern sind in einem revolutionären Übergangsprozeß und seinen ‚Nachwirkungen‘ aktive Träger der Konterrevolution.‘

Eine solche ‚Einlagerungs-Lesart‘ ist mit der jetzt von der SIB-Mehrheit beschlossenen Formulierung *ausgeschlossen*: Es wird sich für eine ‚Überwindung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und des mit diesen untrennbar verbundenen bürgerlichen Staates (insbesondere seiner Repressionsorgane) *und* ihre Ersetzung durch eine Räte­demokratie‘ (meine Hv.) ausgesprochen.

Die ‚Ersetzung‘ steht nun nicht *an Stelle* der ‚Überwindung‘; sondern die ‚Überwindung‘ ist als faktische *Voraussetzung* der ‚Ersetzung‘ benannt.

Trotzdem enthält die Formulierung ‚Überwindung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und des [...] bürgerlichen Staates‘ eine kritisierenswerte Unschärfe. [nachträgliche Anmerkung: Ich hatte deshalb damals in der Einzelabstimmung über diese Formulierung für einen deutlicheren Alternativvorschlag gestimmt und mich in der Schlußabstimmung über den gesamten Essential-Vorschlag der SIB der Stimme enthalten. dg]

Die Formulierung ‚Überwindung‘ ist in Bezug auf die kapitalistische Produktionsweise angemessen; in Bezug auf den repressiven bürgerlichen Staatsapparat ist aber eine ruptivere Formulierung geboten: Produktionsweisen sind viel komplexer als repressive Staatsapparate. Deshalb ist im ersteren Fall die etwas prozeßhaftere und in letzterem Fall die Rede von ‚Zerschlagung‘ angemessen.

In der Sache war das am Montag in der SIB-Sitzung im übrigen *unumstritten* – nur wollen einige die auch von ihnen erkannte Wahrheit lieber etwas softer ausdrücken.

Ich komme daher auf meinen zweiten [Einwand von vor ein paar Wochen](#) gegen ein Fallenlassen des ‚Zerschlagungs‘-Begriffs zurück: ‚[Tino](#) schrieb gestern – und insofern völlig zurecht: >Über den Erfolg oder Misserfolg eines NaO-Projekts entscheidet aber bei Weitem nicht nur die Perfektheit des Programms, sondern ebenso [...], die Glaubwürdigkeit der Organisation< und: >Aussprechen was ist, offen und direkt ansprechen, was man wirklich denkt, halte ich für eine sehr wichtige revolutionäre Tugend.< Deshalb wäre es verheerend an der Frage der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates Versteck zu spielen.‘

Ich werde daher weiterhin jeden Vorschlag anderer am NaO-Prozeß beteiligter Gruppen, an dieser Stelle zu einer eindeutigeren Formulierung zu gelangen, unterstützen.“

- Der Arbeitsstand der Essential-AG enthält zwar ebenfalls nicht wörtlich den Begriff der „Zerschlagung“, aber es wird dort festgestellt: „Jeglicher Versuch eines schrittweisen und friedlichen, meist parlamentarischen Weges zur Überwindung des Kapitalismus hat sich bisher als Desaster herausgestellt.“ Und dann wird dort gefolgert: „Deshalb halten wir eine politische und soziale Revolution für erforderlich. Die bürgerlichen Gewaltapparate sollen insgesamt mit den dafür notwendigen Mitteln abgeschafft und durch Machtorgane von unten, wie wir sie historisch als Räte kennen, ersetzt werden.“ Auch hier findet sich also nicht nur die ‚Ersetzungs‘-Formulierung, wie im Manifest-Entwurf der SIB/GAM-Linie, sondern auch die *Abschaffung* der „bürgerlichen Gewaltapparate“ – und zwar mit den „dafür notwendigen Mitteln“. – Welche Mittel werden wohl dafür erforderlich sein, um Gewaltapparate abzuschaffen?! Wird das so einfach möglich sein, wie sich ein Teil in einer Maschine *ersetzen* läßt?!

Wir haben bisher gelesen, was Lenin gegen Kautsky einwandte. Wir haben gelesen, was Marx selbst, auf den Kautsky meint, sich berufen zu können, sagte. Aber was sagten Leo Trotzki und Rosa Luxemburg?

Trotzki wandte seinerseits gegen Kautskys Interpretation der Erfahrungen der Pariser *Commune* und gegen Kautskys Interpretation der marxischen Analyse der Erfahrungen der Pariser *Commune* ein: Die Erfahrungen der Pariser *Commune* zeigten, daß „es in der Praxis nicht so einfach ist, den Klassenkampf mit der alle Klassen umfassenden Demokratie zu verbinden.“ Marx habe

auf alle Fälle „begriffen, daß die Aufgabe nicht in der Jagd nach Legalität, sondern darin bestand, dem Feinde den Todesstoß zu versetzen.“¹⁵, so schreibt Trotzki unter Berufung auf einen Brief von Marx an Kugelmann vom 12.04.1871, wo es heißt: „Wenn sie [die Pariser Aufständischen] unterliegen, so ist nichts daran schuld als ihre ‚Gutmütigkeit‘.“ ([MEW 33](#), 205 - 206 [205]). Außerdem wandte Trotzki gegen die Unterwerfung des revolutionären Kampfes unter einen ‚abstrakten‘, klassen-indifferenten Begriff von Demokratie ein:

„[...] Marx [hatte] den Namen ‚Sozialdemokratie‘ abgelehnt, weil damit der revolutionäre sozialistische Kampf der formalen Kontrolle der Demokratie unterstellt wird. [...]. Zum Sündenfall kommt es, wenn Sozialismus und Kommunismus als Bewegung oder als Staat sich nicht dem realen Gang des Klassenkampfes und den materiellen Bedingungen des historischen Prozesses unterwerfen, sondern der übersozialen und übergeschichtlichen Abstraktion der ‚Demokratie‘, die in Wahrheit eine Selbstverteidigungswaffe der Bourgeoisie gegen die proletarische Diktatur ist.“¹⁶

Rosa Luxemburg schließlich hielt der Idee einer klassen-indifferenten ‚Demokratie des ganzen Volkes‘ entgegen:

Es „ertönt ein einmütiger Ruf nach der Nationalversammlung und ein ebenso einmütiger Angstschrei vor der Idee: die Macht in die Hände der Arbeiterklasse. Das ganze ‚Volk‘, die ganze ‚Nation‘ soll dazu berufen werden, über die weiteren Schicksale der Revolution durch Mehrheitsbeschluß zu entscheiden.

Bei den offenen und verkappten Agenten der herrschenden Klassen ist die Parole selbstverständlich. Mit Wächtern der kapitalistischen Kassenschränke diskutieren wir weder *in* der Nationalversammlung noch *über* die Nationalversammlung. Aber auch unabhängige Führer [d.h.: Führer der [USPD](#)] stellen sich in dieser entscheidenden Frage mit den Wächtern des Kapitals in Reih und Glied.

Sie wollen der Revolution [...] auf diese Weise die Gewaltanwendung, den Bürgerkrieg mit all seinen Schrecken ersparen. Kleinbürgerliche Illusionen! Sie stellen sich den Verlauf der gewaltigsten sozialen Revolution, seit die Menschheit besteht, in der Form vor, daß verschiedene Gesellschaftsklassen zusammenkommen, eine schöne ruhige und ‚würdige‘ Diskussion miteinander pflegen, sodann eine Abstimmung – vielleicht noch mit dem berühmten ‚Hammelsprung‘ – veranstalten. Wenn dann die Kapitalistenklasse sieht, daß sie in der Minderheit ist, erklärt sie als wohldisziplinierte parlamentarische Partei mit einem Seufzer: Nichts zu machen! Wir sehen, daß wir überstimmt worden sind. Wohlan, wir fügen uns und übergeben unsere gesamten Ländereien, Fabriken, Bergwerke, alle unsere feuersicheren Kassen und schönen Profite den Arbeitern. [...]. Wenn die Bourgeoisie ins Herz getroffen wird [...] wird sie [vielmehr] auf Tod und Leben um ihre Herrschaft ringen, tausend offene und versteckte Widerstände gegen die sozialistischen Maßnahmen auf-türmen. All das ist unvermeidlich. All das muß durchgefochten, abgewehrt,

¹⁵ Leo Trotzki, *Die Grundfragen der Revolution*, Verlag der Kommunistischen Internationale o.O. [Druck: Breslau/Berlin; Auslieferung: Hamburg], 1923², 93 f., 87.

¹⁶ Leo Trotzki, *Der Klassencharakter des Sowjetstaats*, in: ders., *Schriften*. Bd. 1.1, Rasch und Röhling: Hamburg, 1988, 456 - 499 [466]). – Auch dort: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1930/grr/b1-kap01.htm> sprach sich Trotzki gegen das Konzept der „reinen‘ Demokratie“ aus und charakterisierte es als „säkularisierte[s] Christentum“ und setzte ihm den Bezug auf die „materiellen Verhältnisse der Gesellschaftsklassen“ entgegen.

niedergekämpft werden – ob mit oder ohne Nationalversammlung. Der ‚Bürgerkrieg‘, den man aus der Revolution mit ängstlicher Sorge zu verbannen sucht, läßt sich nicht verbannen. Denn Bürgerkrieg ist nur ein anderer Name für Klassenkampf, und der Gedanke, den Sozialismus ohne Klassenkampf, durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluß einführen zu können, ist eine lächerliche kleinbürgerliche Illusion.“

(<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1918/11/natvers.htm> – Hv. i.O.)

Die sozialistische Demokratie, die „Diktatur des Proletariats“, *entwickelt* sich also weder – wie Kautsky meinte – aus der „reinen Demokratie“, noch *ist* sie die „reine Demokratie“ (wie der Manifest-Entwurf der 3er-AG suggeriert¹⁷), sondern sie ist die anzustrebende, aus dem gewaltsamen *Bruch* mit der bürgerlichen Klassenherrschaft hervorgehende politische Form der transitorischen (übergangsweisen) *Klassenherrschaft der Noch-Lohnabhängigen* – auf dem Weg zur Überwindung von Lohnarbeit sowie jeder Herrschaft und jeder Ausbeutung (falls diese Überwindung denn jemals gelingt).

Die Entwicklung der Pariser Commune aus einer Zuspitzung der Widersprüche

Auch im Falle der Pariser *Commune* entwickelte sich die „Diktatur des Proletariats“ – anders als Kautsky (wie zitiert [s.o. S. 15]) Marx als Position unterstellte – nicht aus einer „reinen Demokratie“, sondern aus einer *Zuspitzung der Widersprüche*:

Trotz der Niederlage der regulären französischen Armee im deutsch-französischen Krieg von 1870/71 gelang es der – in der Französischen Revolution von 1789 entstandenen Pariser [Nationalgarde](#) – 227 Kanonen vor der deutschen Armee zu retten. Deren 1871 gebildetes „Zentralkomitee“, in dem verschiedene revolutionäre Strömungen mitarbeiteten, wurde von der – von der Kriegsniederlage geschwächten – französischen Regierung zunehmend als Bedrohung empfunden; sie versuchte daher die 227 Kanonen in den Besitz der Reste ihrer Armee zu bringen. Die eingesetzten Soldaten verweigerten den Befehl und erschossen zwei ihrer Generäle. (Ob es dafür wohl einen demokratischen Mehrheitsbeschluß einer nach allgemeinem Stimmrecht gewählten Versammlung oder gar ein Urteil eines unabhängigen Gerichtes gab?!) Im Zuge der nachfolgenden Ereignisse übernahm das „Zentralkomitee“ die Macht in Paris und erst *nach* dieser Machtübernahme fanden Wahlen statt, die mit einem Wahlsieg linker Kräfte endete. Darauf ließ die Regierung am 2. April einen militärischen Angriff auf Paris beginnen. Dies beantwortete die *Commune* (der aus den vorgenannten Wahlen hervorgegangene Pariser Stadtrat) damit, – nach dem Vorbild der Französischen Revolution von 1789 – einen Wohlfahrtsausschuß einzusetzen, „der mit quasi diktatorischen Vollmachten ausgestattet war“. Die Kämpfe um Paris dauerten bis zum 28. Mai 1861. „In den Kämpfen und den folgenden Massenexekutionen wurden etwa 30.000 Menschen getötet und etwa 40.000 inhaftiert. Die mei-

¹⁷ Nach dem bereits zitierten Satz, „Wenn heute in sozialen Bewegungen der Ruf nach ‚echter‘, ‚realer‘ oder ‚authentischer‘ Demokratie ertönt, so ist dies zuerst einmal positiv aufzunehmen.“, heißt es in dem Manifest-Entwurf der 3er-AG weiter: „Die Erfahrung zeigt jedoch, dass es ‚echte‘ Demokratie im Kapitalismus nicht geben kann.“ – Dies legt nahe, daß es im Sozialismus oder Kommunismus aber sehr wohl eine „echte“ Demokratie geben könne und nach Ansicht der Manifest-Autoren geben solle.

sten gefangenen Kommunarden wurden entweder sofort standrechtlich erschossen, von Schnellgerichten abgeurteilt oder nach Versailles deportiert.“ Auch die Kommunarden töteten im Verlaufe der Kämpfe 70 Geiseln. (http://de.wikipedia.org/wiki/Pariser_Kommune)

Wo war da nun Kautskys „reine Demokratie“? – Auf keiner der beiden Seiten! War da irgendwo die von SIB und GAM in ihrem Manifest-Entwurf vorausgesagte „massiven Ausweitung demokratischer Rechte“ oder mußte vielmehr zunächst einmal ein BürgerInnenkrieg gewonnen werden, in dem es schwierig ist, demokratische Rechte auszuweiten, sie manchmal sogar eingeschränkt werden müssen? –

Nicht nur die Wirklichkeit entsprach nicht dem, was Kautsky behauptete (dies ist der wichtigere Punkt); auch Marx (und dies der weniger wichtige Punkt) sah die Wirklichkeit so, wie sie ist, und nicht so, wie es Kautsky Marx unterstellte. Der Titel von Marx' Analyse der Erfahrungen der Pariser *Commune* lautete nicht: *Die reine Demokratie in Frankreich*, sondern: *Der Bürgerkrieg in Frankreich*.

Unmittelbar vor dem Satz, auf den sich Kautsky beruft („Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten.“), schreibt Marx woraus sich die Kommune wirklich bildete: „Paris hatte sich in Waffen erhoben [...]. Paris konnte nur Widerstand leisten, weil es infolge der [Preußischen, dg] Belagerung die Armee losgeworden war, an deren Stelle es eine hauptsächlich aus Arbeitern bestehende Nationalgarde gesetzt hatte. Diese Tatsache galt es jetzt in eine bleibende Einrichtung zu verwandeln. Das erste Dekret der Kommune war daher die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk.“ ([MEW 17](#), 313 - 365 [338]).

*Rätedemokratie als bloß quantitative Ausweitung bürgerlicher Demokratie
oder vielmehr als andere Qualität von Demokratie?*

Wie schon zitiert, heißt es in dem aktuellen Stand des Manifest-Entwurfes der 3er-AG: „Eine solcherweise organisierte Gesellschaft [d.h.: einer Rätedemokratie, in der die große Mehrheit der Gesellschaft, die Lohnabhängigen herrschen] muss mit einer massiven Ausweitung demokratischer Rechte einhergehen.“ Und: „Die Rätedemokratie einer zukünftigen Gesellschaft wird unvergleichlich demokratischer sein als die bestehende Gesellschaft“.

Diese Formulierungen unterschlagen zweierlei:

Erstens unterschlagen sie, daß eine Ausweitung demokratischer Rechte zwar wünschenswert, aber nicht immer möglich ist. Statt einer realistischen Formu-

lierung, wie es bspw., „*sollte* mit einer massiven Ausweitung demokratischer Rechte einhergehen“, wäre, stellen SIB und GAM ein Dogma auf: „*muss* mit einer massiven Ausweitung demokratischer Rechte einhergehen“ (meine Hv.). Und sie probieren sich sogar als ProphetInnen: „Die Rätedemokratie einer zukünftigen Gesellschaft *wird* unvergleichlich demokratischer sein als die bestehende Gesellschaft“ (meine Hv.).

Nur richtet sich die Geschichte nicht nach den Wünschen einiger Berliner Möchte-gern-MarxistInnen!

Zweitens drängt jene quantitative Redeweise („massive Ausweitung demokratischer Rechte“ / „wird unvergleichlich demokratischer sein“), den viel wichtigeren *qualitativen* Unterschied, der im Manifest-Entwurf zwar auch kurz angesprochen wird, in den Hintergrund.¹⁸ Zwar heißt es in dem Manifest-Entwurf: „Die Demokratie, für die wir kämpfen, unterscheidet sich grundlegend von ihrer bürgerlichen Spielart.“ Aber es wird nicht gesagt, *worin* dieser Unterschied besteht!

- **Es wird nicht gesagt, daß er in der Ersetzung von Parlamenten durch Räten liegt.** Vielmehr wird gesagt: „Selbst das demokratischste bürgerliche Parlament ist nur eine mögliche Herrschaftsform des Bürgertums.“ – Warum steht dort „bürgerlich“ vor Parlament? Ist die 3er-AG der Ansicht, es könne auch sozialistische Parlamente geben? In der Tat gab es im ‚Real‘sozialismus Parlamente (statt Räten) – aber genau daran zeigt sich, daß an dem ganzen anti-stalinistischen Wortgeklingel des Manifest-Entwurfes nichts dran ist. Der Manifest-Entwurf *teilt* vielmehr die stalinistische und post-stalinistische Demokratie-Rhetorik.

*Worin bestand der ‚real‘sozialistische Demokratie-Diskurs?
Oder: Mit Stalin zur „vollen Demokratisierung“ schreiten...*

- In der stalinschen Verfassung der Sowjetunion von 1936 wurde die Diktatur des Proletariats nur noch *rückwirkend* gewürdigt¹⁹: „Die politische Grundlage der UdSSR bilden die Sowjets der Deputierten der Werktätigen, die *im Ergebnis* des Sturzes der Macht der Gutsbesitzer und Kapitalisten und der Eroberung der Diktatur des Proletariats gewachsen und erstarkt sind.“

¹⁸ Derartige quantitativen Formulierungen stellen eine Wiederaufnahme der „philisterhaften Phrase von der ‚reinen Demokratie‘“ dar, wie in dem in FN 2 zitierten Artikel auf S. 22 f. in Bezug auf den Satz, „Es läßt sich zuversichtlich vorhersagen, daß die Parteien unter einer wirklichen Arbeiterdemokratie einen *viel reicheren und viel breiteren* Inhalt erhalten.“ (meine Hv.), kritisiert wird.

¹⁹ Vgl. dazu ausführlicher: <http://theoriealspraxis.blogspot.de/2009/11/12/stalin-als-verfechter-des-staates-des-ganzen-volkes/>.

(Quelle: <http://www.verfassungen.net/su/udssr36-index.htm>, Art. 2 – meine Hv.)

- Das von Kautsky zum A und O erklärte Allgemeine Wahlrecht wurde wiederhergestellt (Art. 134).
- Die Verfassung enthielt einen umfangreichen Katalog von Grundrechten (Art. 118 - 128) (und nur vier Grundpflichten).
- Stalins Begründung für das Ganze:

„Die Besonderheit der Sowjetgesellschaft der Gegenwart besteht zum Unterschied zu jeder kapitalistischen Gesellschaft darin, dass es in ihr keine antagonistischen, feindlichen Klassen mehr gibt; [...]. Auf dieser Grundlage entstanden auch die Verfassung der Sowjetunion, die im November 1936 angenommen worden ist, sowie die volle Demokratisierung der Wahlen zu den obersten Organen des Landes.“

(<http://www.stalinwerke.de/band14/b14-016.html>)

Das Besondere „der neuen Verfassung ist ihr konsequenter und restlos durchgeführter Demokratismus. [...]. Die Demokratie in der Sowjetunion ist [...] eine Demokratie für alle.“ Die neue Verfassung sei ein Dokument der „voll entfalteten restlos konsequenten Demokratie“

(<http://www.stalinwerke.de/band14/b14-007.html>).

Die allerreinste Demokratie des Karl Kautsky war in der Verfassungs-ideologie des Josef Stalin verwirklicht...²⁰

- Auch die Staaten Osteuropas wurden nach Beendigung der nationalsozialistischen deutschen Besatzung durch die Rote Armee überwiegend klassen-indifferent als „Volksdemokratien“ bzw. „Volksrepubliken“ (z.B. Polen und Bulgarien; Rumänien bis 1965), die DDR sogar schlicht als „Deutsche Demokratische Republik“ (neu) gegründet. Von „sozialistisch“ und „Sowjet-“ bzw. „Räterepublik“ war diesen in Fällen – anders als noch im Staatsnamen der 1922, noch zu Lenins Lebzeiten gegründeten, UdSSR nicht die Rede.



Der Demokratie-Diskurs im Manifest-Entwurf ist also – abgesehen von allen anderen gegen ihn vorgebrachten Einwänden – nicht einmal zur Stalinismus-Kritik tauglich. Denn StalinistInnen antworten auf die Manifest-Entwurf-These, *„ein System [...], in dem die große Mehrheit der Gesellschaft, die Lohnabhängigen herrschen, ohne an die Fesseln des Privateigentums der Produktionsmittel gebunden zu sein [...] muss mit einer massiven Ausweitung demokratischer Rechte einhergehen“*, sofort mit dem Bekenntnis: *„Ja, wir sind auch für die voll entfaltete restlos konsequente Demokratie. Wir verfolgen keine politischen Gegner, sondern nur ein trotzkistisch-bucharinsches Häuflein von Spionen, Mördern und Schädlingen.“*

²⁰ Für die Zeit der Volksfrontpolitik während des spanischen BürgerInnenkrieges fiel diese Parallele Kautsky – Stalin in Sachen „reiner Demokratie“ auch Trotzki auf: „Stalin [trat] in jenen Tagen als Erzengel der reinen Demokratie auf“ (<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1939/12/zwillig.htm>).

Dem stalinistischen Diskurs läßt sich *weder theoretisch noch politisch* dadurch entgegentreten, daß ebenfalls eine „voll entfaltete restlos konsequente Demokratie“ oder gar eine „noch voller entfaltete, noch restloser konsequente Demokratie“ propagiert wird, sondern nur, indem – statt über Demokratie, Strafrecht sowie Spione, Mörder und Schädlingen – über die (der *Verfolgung* von vermeintlichen „Spionen, Mördern und Schädlingen“) *zugrundeliegenden politischen Differenzen* gesprochen wird.²¹ Es ist ein *theoretischer und politischer Terrainwechsel* notwendig, während der Manifest-Entwurf auf dem theoretischen Terrain des stalinistischen Demokratie-Diskurses verbleibt.

Für eine marxistische Überschreitung des Rechtshorizonts!

Die Grenzen des juristisch Sagbaren

Soweit Demokratie und Menschenrechte ein transitorisches Anliegen der (revolutionären) Linken (bis zum Erreichen gesellschaftlicher Verhältnisse ohne Staat und Recht) sind, ist es sicherlich auch richtig und notwendig, diese Anliegen in eben dieser Sprache (von Demokratie und Menschenrechte) auszudrücken, aber die Inhalte, die die revolutionären Linke *spezifisch* ausmachen, lassen sich gerade nicht in dieser Sprache ausdrücken. Wie Rosa Luxemburg schon sagte:

„Man wird in unserem ganzen Rechtssystem keine gesetzliche Formel der gegenwärtigen Klassenherrschaft finden. Wie also die Lohnsklaverei ‚auf gesetzlichem Wege‘ stufenweise aufheben, wenn sie in den Gesetzen gar nicht ausgedrückt ist?“

(<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1899/sozrefrev/kap2-3.htm>)

Oder in den Worten des unter Stalin hingerichtet sowjetischen Rechtstheoretikers Eugen Paschukanis:

„Die Herrschaft der Bourgeoisie findet ihren Ausdruck sowohl in der Abhängigkeit der Regierungen von den Banken und kapitalistischen Gruppierungen als auch in der Abhängigkeit jedes einzelnen Arbeiters von seinem Arbeitgeber [...]. All diese Tatsachen, deren Zahl ins Unendliche gesteigert werden könnte, haben keinerlei offiziellen rechtlichen Ausdruck, [...]“

(*Allgemeine Rechtslehre und Marxismus*. Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe, Wien/Berlin, 1929, 118 / ça ira: Freiburg, 2003, 138).

²¹ Denn der stalinistische Demokratie-Diskurs ist – genauso wie der bürgerliche – nämlich *nicht* einfach eine ‚Lüge‘ oder ‚Verschleierung‘ einer gegenteiligen außer-diskursiven Praxis. Vielmehr war die harmonisierende Rhetorik des stalinistischen Demokratie-Diskurses der repressiven politischen Praxis, die die Austragung der gesellschaftlichen Konflikte handgreiflich unterband, gerade adäquat! Im Maße der Unfähigkeit oder des Unwillens die Probleme der Zeit in Begriffen von Strukturen und Prozessen, z.B. in Klassenbegriff, zu diskutieren, feierte der sozialdemokratische „Volksstaat“ (s. dazu krit. [MEW 19](#), 11 - 32 [[27 - 31](#), bes. 28, 31], [20](#), 3 - 303 [[262](#)]) als ‚Staat des ganzen Volkes‘ ([Wahlen zum Obersten Sowjet = „Fest“ bzw. „Triumphtag des ganzen Volkes“](#) [S. 86]) Wiederauferstehung auf den Trümmern des Historischen Materialismus: Gefeierte: *Staat und Subjekt* in dem „prunkvollen“ (vgl. [MEW 23](#), [320](#)) Menschenrechtskatalog der Verfassung von 1936; verantwortlich gemacht: *schlechte Subjekte mit bösem Willen*: „Agenten“ und „Verräter“ für objektive historische Probleme (s. ausführlicher: <http://theoriealspraxis.blogspot.de/2009/11/12/stalin-als-verfechter-des-staates-des-ganzen-volkes/#fn1258057959799n>) – de-thematisiert im und mit dem Diskurs über Volk, Staat und Rechtssubjekten: die Klassen und ihr Kampf.

Warum Bourgeoisie und ArbeiterInnenklasse im Rechtsdiskurs abwesend sind

Bourgeoisie und ArbeiterInnenklasse sind auf der Rechtsebene abwesend; und ideologische Surrogate wie „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ funktionieren – anders als dies bzgl. Männern und Frauen der Fall war – nicht im Wege der Festschreibung unterschiedlicher Rechte (z.B. „Arbeitgeber“ dürfen Produktionsmittel und „Arbeitnehmer“ dürfen *keine* Produktionsmittel besitzen; „Arbeitgeber“ dürfen zum Mittel der „Aussperrung“ greifen, Arbeitnehmer aber nicht etc.). Anders als feudale Stände (und anders als im Falle der Geschlechter, zwischen denen – falls im jeweiligen nationalen Recht überhaupt vorgesehen – allenfalls im rechtlich geregelten Wege gewechselt werden kann) sind kapitalistische Klassen gesellschaftliche ‚Rollen‘ (an die ggf. spezifische rechtliche Regelungen anknüpfen; z.B. wäre eine Regelung, unter welchen Bedingungen „Arbeitnehmer“ aussperrten dürfen, Unsinn), zwischen denen *von Rechts wegen* frei gewechselt werden kann: Eine Arbeiterin muß keinen Antrag stellen, um Kapitalistin zu werden, sondern sich Kapital verschaffen.

Diskurse sind stärker als Menschen

Dieses Schweigen des Rechtsdiskurses zu Klassen- und heute weitgehend auch Geschlechterherrschaft läßt sich *nicht* durch den *Willen* der revolutionären Linken, ihre Anliegen in der Sprache von Recht und Demokratie auszudrücken, aufheben (Diskurse sind stärker als Menschen); vielmehr *charakterisiert* dieses Schweigen gerade den Rechtsdiskurs; es macht ihn aus. Die revolutionäre Linke kann ihre spezifischen Anliegen nur ausdrücken, indem sie das Terrain wechselt, indem sie einen anderen (nicht-juristischen) Diskurs führt:

Jede Theorie kann „jedes Problem nur auf dem Terrain und vor dem Horizont einer bestimmten theoretischen Struktur – ihrer Problematik – stellen; [...]. Sichtbar ist jedes Objekt oder Problem, das auf dem Terrain oder im Horizont, d.h. auf dem – von der theoretischen Problematik einer gegebenen theoretischen Disziplin bestimmten – strukturierten Feld situiert ist.“ (Louis Althusser / Etienne Balibar, *Das Kapital lesen*, Rowohlt: Reinbek bei Hamburg, 1972, 11 - 93 [28; das Wort „Terrainwechsel“ findet sich dort auf S. 31]). Kapitalistische Klassen und Klassenherrschaft sind auf dem Feld des Rechts nicht ‚situiert‘, und deshalb kann die Forderung nach Überwindung von Klassenherrschaft / Abschaffung der Klassen im Rechtsdiskurs nicht artikuliert werden, sondern nur die Forderung nach Abschaffung von feudalen Klassenprivilegien (Privilegien). Klassen sind eine symptomatische Leerstelle (vgl. ebd., 32) des juristischen Diskurses; diese ‚Lücke‘ ist ein ‚Symptom‘ der Struktur dieses Diskurses, sie macht ihn aus, sie charakterisiert ihn, und deshalb ist der Marxsche Klassen- und Mehrwertdiskurs nicht nur eine *Kritik der Politischen Ökonomie*, sondern zugleich eine Kritik des Rechtsdiskurses.

Warum die „Gleichheit der Klassen“ ein brauner Schimmel ist

Was Engels und sogar Karl Kautsky (!) schon vor mehr als hundert Jahren erkannten, gilt heute (in Anbetracht der eingetretenen juristischen und politischen Veränderungen – z.B. durch Einführung des allgemeinen Wahlrechts –, die aber die Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise unberührt ließen) umso mehr: Die Ausgebeuteten und Beherrschten können „ihre Lebenslage [...] nur vollständig selbst erkennen, wenn sie die Dinge ohne juristisch gefärbte Brille“ anschauen ([MEW 21](#), 494). Es gilt nicht, die Gleichberechtigung der Klassen zu fordern (denn das Recht kennt – wie gesagt – gar keine Klassen; und die Individuen der bürgerlichen Gesellschaft *sind* bereits gleichberechtigt); es gilt auch nicht, die ‚reale‘ o.ä. *Gleichheit* der Klassen zu fordern (denn „Klassen“ heißt Unterschiede; die Gleichheit der Klassen wäre ein brauner Schimmel, eine *contradictio in adjecto*, ein Widerspruch in der Beifügung), sondern die *Abschaffung* der Klassen, die aber nicht im Wege eines Rechtsaktes erfolgen kann, denn dies würde voraussetzen, daß die Klassen im Recht existieren.

Sozialistische Übergangsgesellschaften, in denen – anderes als im Stalinismus und Poststalinismus – der *Kampf für den Kommunismus* (und nicht die ‚Real‘politik unter mißlichen Bedingungen) im Vordergrund steht, dürfte

gerade *nicht* in einen Wettbewerb um die nettere parlamentarische ‚Fassade‘ und die längeren Menschenrechtskataloge eintreten, sondern müsste vielmehr dem humanistischen Diskurs über „Demokratie“ und „Menschenrechte“ einen *rigorosen* Diskurs über die Gespaltenheit der „Menschen“ durch Herrschaft und Ausbeutung²² entgegensetzen, während ihn der Manifest-Entwurf (genauso wie Kautsky und die StalinistInnen) nur halbherzig betreibt und ständig in humanistischen Allgemein-Demokratismus zurückfällt.

- **Es wird in dem Manifest-Entwurf der 3er-AG auch *nicht* gesagt, daß in der Rätedemokratie an die Stelle des freien Mandats von Abgeordneten das imperative (an den Willen der WählerInnen gebundene!) Mandat von DelegiertInnen tritt.**
- **Und es wird in dem Entwurf schließlich auch *nicht* gesagt, daß in der Rätedemokratie jedenfalls die – zur relativen Verselbständigung der Exekutive führende – Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive überwunden wird.** Bei Marx heißt es dazu im *Bürgerkrieg in Frankreich*, auf den sich ausgerechnet Kautsky, der Verteidiger des Parlamentarismus beruft: „Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit.“ ([MEW 17](#), 339)

Anstatt diese *qualitativen Unterschiede* zwischen parlamentarischer und Rätedemokratie zu benennen, anstatt zu betonen, daß die Rätedemokratie eine andere „Form“, ein anderer „Typus“ von Demokratie ist (wie Lenin sagte²³), stellt die 3er-AG die Rätedemokratie als *bloße Steigerung* von Demokratie an und für sich dar.

²² „Die ganze klassische marxistische Tradition hat es [...] abgelehnt, den Marxismus als Humanismus zu bezeichnen? Warum? Weil praktisch, also in den Tatsache, das Wort Humanismus von der bürgerlichen Ideologie ausgebeutet wird, die es benutzt, um ein anderes, wahres und für das Proletariat lebenswichtiges Wort zu bekämpfen: das heißt es tot zu machen: Klassenkampf.“ (Louis Althusser, *Für Marx*, Suhrkamp: Berlin, 2011, 340, vgl. ebd. 1968, 213; auf Engl. siehe: [dort](#)). „[...] um sie [die realen Menschen, dg] zu sehen, wie sie sind,“ – also in ihrer unterschiedlichen gesellschaftlichen Stellung – „vollbringt der Marxismus-Leninismus diese Revolution: sich der bürgerlichen Ideologie vom ‚Menschen‘ als Subjekt der Geschichte zu entledigen, sich des Fetischismus des ‚Menschen‘ zu entledigen.“ (ders., *Antwort an John Lewis*, in: Horst Arenz / Joachim Bischoff / Urs Jaeggi [Hg.], *Was ist revolutionärer Marxismus? Kontroverse über Grundfragen marxistischer Theorie zwischen Louis Althusser und John Lewis*, VSA: Westberlin, 1973, 35 - 76 [51]; auf Engl. siehe: [dort](#)).

²³ „Die Sowjets sind [...] eine unermeßlich höhere *Form* und ein höherer *Typus* der Demokratie“ ([LW 28](#), 301 – meine Hv.). „[I]n der Sowjetrepublik [wird] ein Demokratismus höheren *Typus* verwirklicht“ ([LW 29](#), 90 – meine Hv.; auf S. 90 - 94 legt Lenin dann zehn Merkmale dieses Typus dar). – Vgl. dazu auch http://www.islinke.de/reso_soz_demo01.htm: „die ArbeiterInnenklasse [kann] die Staatsmacht nur im Rahmen staatlicher Institutionen ausüben [...], die sich im Typus von denen bürgerlicher Staaten unterscheiden“

Der Sozialismus als „reine“ Demokratie oder als Klassendemokratie?

Damit fällt die 3er-AG in Kautskys Vorstellung von „reiner Demokratie“ zurück. Die „reine“ Demokratie (Kautsky) bzw. Demokratie an und für sich (3er-AG) gibt den Maßstab ab, an dem gemessene Rätedemokratie im Vergleich mit der bürgerliche Demokratie *nicht als ein anderer Typus, sondern als Steigerung* von Demokratie erscheint.

Konsequenterweise heißt es daher in dem Manifest-Entwurf der 3er-AG: „Wenn heute in sozialen Bewegungen der Ruf nach ‚echter‘, ‚realer‘ oder ‚authentischer‘ Demokratie ertönt, so ist dies zuerst einmal positiv aufzunehmen. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass es ‚echte‘ Demokratie im Kapitalismus nicht geben kann.“

Dies ist keine Kritik der Vorstellung von einer „echten“ oder „reinen“ Demokratie – wie sie Luxemburg, Lenin und Trotzki vertreten hatten –, sondern nur eine *Ergänzung* jener rein-demokratischen Vorstellung. Die Rede von „‚echter‘, ‚realer‘ oder ‚authentischer‘ Demokratie“ wird „positiv auf[ge]nommen“ und um die (zutreffende, aber *nicht ausreichende!*) Bemerkung ergänzt, daß es eine solche im Kapitalismus nicht geben könne.

Dadurch wird aber zugleich (da das zutreffende Gegenteil nicht benannt wird) nahegelegt, daß es im Sozialismus oder Kommunismus aber sehr wohl eine „echte“ bzw. „reine“ Demokratie geben könne und nach Ansicht der Manifest-Autoren geben solle.

Dies stellt einen Rückfall in die von Lenin, Trotzki und Luxemburg kritisierte Position Kautskys dar. Für Letzteren war, wie wir oben (S. 15) sahen, ‚Sozialismus = reine Demokratie + proletarische Bevölkerungsmehrheit‘. Für den revolutionären Marxismus ist der Sozialismus dagegen keine reine Demokratie, sondern eine „Klassendemokratie“ ([LW 28](#), 225 - 327 [240 f.]) und der Kommunismus nicht die Herrschaft des „Volkes“ oder der „Mehrheit“, sondern das Ende *jeder* Herrschaft (und Ausbeutung) – was nicht-herrschaftliche Methoden der Verständigung zwischen Individuen mit je unterschiedlichen Interessen, die es auch im Kommunismus noch geben wird, einschließt.

Der Manifest-Entwurf der 3er-AG ignoriert dagegen, was bereits Friedrich Engels erkannt hatte: Daß weder der Sozialismus noch der Kommunismus die Verwirklichung der „reinen Demokratie“ ist, sondern sich vielmehr die „Gesamtreaktion“ nach einer Revolution um die Losung der „reinen Demokratie“ gruppieren wird:

„unser einziger Gegner am Tag der Krise und am Tag nachher [ist] die *um die reine Demokratie sich gruppierende Gesamtreaktion*, und das, glaube ich, darf nicht aus den Augen verloren werden.“ ([MEW 36](#), 250 -254 [253])²⁴

²⁴ Die gleiche Beobachtung machte Trotzki dann in Rußland im Sommer 1917: „Sämtliche Säulen der monarchistischen Reaktion wurden nun flammende Anhänger der reinen Demokratie!“ (<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1930/grr/b2-kap05.htm>). „unbeugsamste Anhänger der reinen

Dies ist freilich nicht die einzige Einsicht des revolutionären Marxismus, die der Manifest-Entwurf der 3er-AG (und die GAM, indem sie ihn unterstützt) ‚verges- sen‘ hat oder vielmehr negiert. Freilich haben *nicht alle* Beteiligten am NaO-Prozeß diese Einsichten vergessen.

*Resümee: Der NaO-Manifest-Entwurf – ein Dokument
von erstaunlicher Naivität*

Da der Manifest-Entwurf der SIB/GAM-Linie

- *nicht* von dem Zerschlagen ([Marx](#)), *nicht* von der Zerschlagung ([Lenin](#)) des bestehenden Staatsapparates spricht,
- *nicht* von der „Diktatur des Proletariats“ ([Marx](#)) und ihren Komplikationen und Fallstricken
- *nicht einmal* von der „Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat“ ([Kommunistisches Manifest](#)),
und statt dessen
- pauschal behauptet und verspricht, Rätedemokratie „muss mit einer massi- ven Ausweitung demokratischer Rechte einhergehen“; „Die Rätedemokratie einer zukünftigen Gesellschaft wird unvergleichlich demokratischer sein als die bestehende Gesellschaft“,

gilt für diesen Manifest-Entwurf umso mehr das, was das Theoretische Organ des Spartacusbundes und der Internationalen Kommunistischen Liga 1979 über die *damaligen* Thesen des Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale zum Thema „Sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats“, in dem immerhin noch von der „Diktatur des Proletariats“ die Rede war,²⁵ schrieb:

„Die *richtige* Bestrebung der Resolution, zu betonen, daß die berechtigten demokratischen Wünsche der Massen von den Revolutionären positiv auf- zugreifen sind, löst sich in Wunschbilder auf.“ „Die Naivität [...] in dieser Hin- sicht [ist] erstaunlich“ und ignoriere, daß es gegen „bürgerliche‘ Maschinen- gewehre *und* ihre ‚ideologische‘ Rechtfertigung [...] leider nicht [möglich sein wird,] mit der unbefleckten Demokratie auszukommen.“²⁶

In dem *heutigen* Manifest-Entwurf der SIB/GAM-Linie wird zwar erkannt, daß „die Reichen und Mächtigen [...] es weder ‚übersehen‘ noch akzeptieren [wer- den], dass ihnen ihre Eigentumsordnung (und ihr Staat) irgendwie ‚wegtrans- formiert‘ wird, sondern sich mit allen, auch und gerade gewaltsamen Mitteln

Demokratie waren inzwischen die zaristischen Senatoren geworden.“ (<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotsky/1930/grr/b2-kap16.htm>).

²⁵ Die Diskussion über die damaligen Thesen mündete in eine 1985 verabschiedete Resolution „Sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats“ des XII. Weltkongresses der IV. Internationale. Diese Resolution gibt u.a. eine Charakterisierung der „Diktatur des Proletariats“ in sechs Punkten. *Keiner* dieser sechs Punkte (die wir hier in Anhang 3 wiedergeben), die die IV. Internationale 1985 noch *anerkannte*, findet sich heute in dem Manifest-Entwurf der SIB/GAM-Linie!

²⁶ *Die Diktatur des Proletariats*, a.a.O. (FN 2), 24 – Hv. i.O.

dagegen wehren“ werden. Aber *für die Beschreibung seines Verständnisses von sozialistischer bzw. Räte­demokratie zieht der Entwurf daraus keinerlei Konsequenzen*²⁷ – es sei denn der Entwurf hält „unvergleichlich“ mehr Demokratie für die geeignete Antwort auf konterrevolutionäre Gewalt.

Unterstellen wir zugunsten der Entwurfs-Verfasser, daß sie so naiv nun auch nicht sind, dann bleibt als einzig mögliche Schlußfolgerung, daß sie sich die „Niederringung der Bourgeoisie als einen einmaligen Akt vor[stellen]“²⁸. Gegen diese Vorstellung ist allerdings mit Lenin einzuwenden:

„abgesehen vielleicht von ganz seltenen und besonderen Fällen kann man die Ausbeuter nicht mit einem Schlag vernichten. Man kann nicht alle Gutsbesitzer und Kapitalisten eines halbwegs größeren Landes auf einmal expropriieren. Ferner, die Expropriation allein, als juristischer oder politischer Akt, entscheidet bei weitem nicht die Sache, denn es ist notwendig, die Gutsbesitzer und Kapitalisten tatsächlich *abzusetzen* und sie tatsächlich durch eine andere, von Arbeitern ausgeübte Verwaltung der Fabriken und Güter *zu ersetzen*. [...]. Die Ausbeuter behalten noch lange Zeit nach dem Umsturz unvermeidlich eine Reihe gewaltiger tatsächlicher Vorteile: Es bleibt ihnen das Geld (die sofortige Abschaffung des Geldes ist unmöglich), es bleiben ihnen gewisse, oft bedeutende Mobilien, ferner Beziehungen, die Routine in der Organisation und Verwaltung, die Kenntnis aller ‚Geheimnisse‘ (Gebräuche, Methoden, Mittel, Möglichkeiten) der Verwaltung, es bleibt ihnen die höhere Bildung, der enge Kontakt mit dem (bürgerlich lebenden und denkenden) leitenden technischen Personal, es bleibt ihnen die unvergleichlich größere Routine im Militärwesen (das ist sehr wichtig) und so weiter und so fort. Wenn die Ausbeuter nur in einem Lande geschlagen sind – und das ist natürlich der typische Fall, denn eine gleichzeitige Revolution in einer Reihe von Ländern ist eine seltene Ausnahme –, so bleiben sie *doch stärker* als die Ausgebeuteten, denn die internationalen Verbindungen der Ausbeuter sind außerordentlich groß. [...]. Bei einer solchen Lage der Dinge anzunehmen, daß in einer auch nur einigermaßen tiefgreifenden und ernsthaften Revolution die Sache ganz einfach durch das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit entschieden wird, zeugt von größter Stupidität [...]. Die[...] geschichtliche Wahrheit besteht darin, daß in jeder tiefgreifenden Revolution ein *langer, hartnäckiger, verzweifelter* Widerstand der Ausbeuter, die eine Reihe von Jahren hindurch große tatsächliche Vorteile gegenüber den Ausgebeuteten bewahren, die *Regel* ist“. ([LW 28](#), 225 - 327 [251, 252] – Hv. i.O.).

²⁷ Von Klassenkampf im Sozialismus (bzw. in der „Diktatur des Proletariats“ [DdP], die im Entwurf ebenfalls nicht vorkommt), findet sich kein Wort im Manifest-Entwurf! Demgegenüber betont der in vorstehender Fußnote genannte Text zurecht: „Die DdP ist eine *Gesellschaftsform des Kampfes* und des Übergangs. [...]. Das heißt, der Begriff der DdP schließt Klassen*herrschaft* und Klassen*kampf* ein. [...]. Eliminiert man den Klassenkampf aus der Theorie der DdP, so bleibt nach Art der utopischen Sozialisten ein harmonisches Zukunftsmodell übrig.“ (20 – Hv. i.O.)

²⁸ *Die Diktatur des Proletariats*, a.a.O. (FN 2), 23 – dort allerdings nicht über den Manifest-Entwurf der SIB/GAM-Linie, sondern über die Thesen des Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale zum Thema „Sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats“.

Nachbemerkung:

Noch einmal zur Methode von organisatorischer Annäherung (nicht: Vereinigung) bei fortbestehenden programmatischen Differenzen

Ich hatte in meinem eingangs zitierten [Text aus dem August](#) dafür plädiert, inhaltliche Streitpunkte aus dem Manifest auszuklammern, also keine der am NaO-Prozeß beteiligten Gruppen zu nötigen, etwas zu unterschreiben, was sie für falsch hält. Denn Ausklammern (in gemeinsamen Texten) läßt immerhin zu, in eigenen Texten das Notwendige zu sagen. Falsches zu unterschreiben, heißt dagegen,

- Widersprüchliches zu unterschreiben (*erstens* eine – für falsch gehaltene – Auffassung in den gemeinsamen Texten und *zweitens* die andere – für richtig gehaltene – Auffassung in den eigenen Texten)

oder

- aber die eigenen (früheren) Texte, ohne nunmehr anders überzeugt zu sein, zu widerrufen. Unabweisbare Folge davon, in der Frage der „reinen Demokratie“ und der Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates das Falsche, das Nicht-Revolutionäre, zu unterschreiben, ist jedenfalls, wie die GAM es treffend ausdrückt,

„die Massen einzulullen, die Notwendigkeit zu ignorieren, dass sie erkennen, dass Zwang und, wenn notwendig, revolutionäre Gewalt bis zu und einschließlich Bürgerkrieg und ‚rotem Terror‘ wahrscheinlich angewendet werden müssen, um die Existenz des Arbeiterstaates zu sichern. Es bedeutet, die Arbeiterklasse über die Aufgaben, die vor ihr liegen, zu belügen.“

<http://www.arbeitermacht.de/broschueren/sav/staatsfrage.htm>

Strittige Fragen auszuklammern heißt dagegen ausschließlich, in den *gemeinsamen* Texten darauf zu verzichten, die Massen auf diese ‚Unangenehmlichkeiten‘ hinzuweisen, aber diesen Hinweis unbeschädigt in den eigenen Texten vorbringen zu können. Schon dieses Manöver ist heikel, aber im Interesse eines weiteren inhaltlichen Annäherungsprozesses trotzdem lohnenswert. Für falsch Gehaltenes zu unterschreiben, heißt demgegenüber – wie bereits gesagt – die eigene Position zu beschädigen, die eigene Glaubwürdigkeit zu untergraben und die Massen *aktiv* „einzulullen“. Dies ist nicht nur „heikel“, sondern fatal.

Wie fatal das ist, hatte Rosa Luxemburg in ihrer Kritik an Karl Kautsky deutlich gemacht:

„[I]st auch nur eine Möglichkeit vorhanden, daß der Massenstreik in nächster Zukunft in Deutschland in Anwendung kommt, dann ergibt es sich von selbst, daß es unsere Pflicht ist, auch den Massen alle diese Eventualitäten vor die Augen zu stellen, jetzt schon in möglichst breiten Kreisen des Proletariats

Sympathie für diese Aktion zu wecken, damit die Arbeiterschaft nicht über-rumpelt wird, damit sie nicht blindlings, nicht unter einem Affekt, sondern mit vollem Bewußtsein, in sicherem Gefühl der eigenen Kraft und in möglichst gewaltigen Massen in die Aktion eintritt. Die Masse selbst soll eben für alle politischen Eventualitäten reif sein und selbst ihre Aktionen bestimmen, nicht aber ‚im gegebenen Moment‘ auf den Taktstock von oben warten, ‚vertrauend ihrem Magistrat, der fromm und hebend schützt den Staat durch huldreich hochwohlweises Walten‘, während es der Parteimasse stets geziemt, ‚das Maul zu halten‘.“

(<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1910/ermokampf/kap1.htm>

– Luxemburg zitiert im letzten Satz Heinrich Heine).

Historischer Anhang:

Wider die demokratische Legendenbildung von SIB und GAM

Um ihren „Demokratie-Trip“²⁹ zu rechtfertigen, behaupten SIB und GAM, daß „nahezu alle demokratischen Rechte oft blutig und über Jahrzehnte erkämpft werden mussten, und zwar meistens gegen die Parteien und Verbände des Bürgertums. Das Wahlrecht für die besitzlose ArbeiterInnenschaft, das Wahlrecht für die Frauen, das Recht auf politische und gewerkschaftliche Organisation und das Demonstrations- und Streikrecht, sie alle wurden durch Massenbewegungen und in vielen Fällen unter dem Druck drohender Revolutionen dem Bürgertum abgerungen.“

Und sie dichten ‚der Demokratie‘ eine antikapitalistische Tendenz an:

„Die bürgerliche Gesellschaft lebt in ständiger Angst vor der destabilisierenden Wirkung von Bewegungen, die mehr demokratische Rechte einfordern. Denn in einer Gesellschaft, in der 1-5% der Menschen zwischen 40-60% des gesamten über Generationen geschaffenen Reichtums verfügen, stellen demokratische Rechte grundsätzlich eine potentielle Gefahr dar, was in der heutigen Krisenzeit wieder deutlicher zum Ausdruck kommt.“

- Während die zuletzt genannte Illusion auch von Karl Kautsky geteilt wurde (Er schrieb: „Wenn die herrschende Klassen [...] zur Gewalt greifen, so geschieht dies doch gerade deswegen, weil sie die Folgen der Demokratie fürchten“³⁰), war selbst Kautsky hinsichtlich des zuerst genannten Punktes realistischer als SIB und GAM: In der Frage der Ausweitung des Wahlrechts gab es zwar häufig (und zurecht!) eine Konvergenz zwischen Teilen der Bourgeoisie und den großen Organisationen der ArbeiterInnenbewegung, aber die Ausweitung des Wahlrechts wurden schließlich *weniger* von der ArbeiterInnenbewegung *errungen*, als *vielmehr* als Mittel der nationalen In-

²⁹ *Die Diktatur des Proletariats*, a.a.O. (FN 2), 23 – dort nicht über SIB und GAM, sondern über die Thesen des Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale zum Thema „Sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats“.

³⁰ Karl Kautsky, *Die Diktatur des Proletariats* / W. I. Lenin, *Die Proletarische Revolution und der Renegat Kautsky* / Karl Kautskys, *Terrorismus und Kommunismus* hrsg. von Hans-Jürgen Mende, Dietz: Berlin, 1990, 7 - 87 (12).

tegration während und nach Kriegen von der Bourgeoisie *gewährt*.³¹ Zumindest für „England“ und den 1. Weltkrieg erkannte Kautsky: „der Kriegszustand [...] hat dem englischen Proletariat eine bedeutende Erweiterung des Wahlrechts gebracht.“³²

- Hinsichtlich der kollektiven Rechte der Vereinigungs- und Streikfreiheit gilt zwar in der Tat, daß diese es in der liberalen Frühzeit der bürgerlichen Demokratie schwer hatten, aber inzwischen gehören auch diese zur Standard-Liste von BürgerInnenrechten in jeder bürgerlich-demokratischen Verfassung und in internationalen Verträgen.
- Und was schließlich die anderen demokratischen (politischen) Freiheitsrechte (die Meinungsäußerungs- und Versammlungsfreiheit) anbelangt, so ist die Pressefreiheit bereits in der *Virginia Declaration of Rights* von 1776³³, die Meinungsäußerungs- und Pressefreiheit bereits in der Französischen Menschenrechts- und Bürgerrechts-Erklärung von 1789³⁴ sowie die Meinungsäußerungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit in dem ersten *Amendment* (Zusatzartikel) der US-Verfassung von 1791³⁵ enthalten. – Von einer organisierten, gar marxistischen ArbeiterInnenbewegung kann zumindest Zeitpunkt noch nicht die Rede sein. Eher individuelle Freiheiten und Rechte, wie die Gleichheit vor dem Gesetz, Gewissensfreiheit und Justizgrundrechte, die aber auch die Bedingungen der Ausübung der politischen Freiheitsrechte mitbestimmen, sind ohnehin in diesen frühen Dokumenten schon enthalten. Sie alle sind ein Produkt der Notwendigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise sowie der Diskussionen bürgerlicher TheoretikerInnen und bürgerlichen politischen Kräften, die sie durchsetzten.

Zwar ist zutreffend, daß die kapitalistische Produktionsweise als Minimalvoraussetzung nur Vertragsfreiheit (einschl. der Freiheit, Arbeitsverträge abzu-

³¹ Göran Therborn, *The Rule of Capital and the Rise of Democracy*, in: *New Left Review*, Iss. 103, May/June 1977, 3 - 41 (19) schreibt, wobei bei er unter „democracy“ Länder mit allgemeinem Wahlrecht versteht: „On the eve of the First World War, only three peripheral capitalist states could have been characterized as democracies: Australia and New Zealand [...] and Norway. If we disregard sexism and include male democracies, then two more examples could be cited: France and Switzerland. The latter had recently passed through two civil wars—in 1847 and 1874—whereas the former had experienced a number of revolutions and counter-revolutions, as well as the military defeat of the Second Empire which became the starting-point of the democratic republic. [...]. After the First World War the number of democracies increased from three to ten (with some qualification in the cases of Canada and Finland), and that of male ones from five to fourteen. [...]. The big boom of democracy came in the aftermath of the Second World War, with only Swiss sexism and US racism holding out until the 1970s. The conclusion would appear to be that bourgeois democracy is largely a martial accomplishment.“

³² Karl Kautsky, *Die Diktatur des Proletariats*, a.a.O. (FN 30), 14.

³³ http://de.wikipedia.org/wiki/Virginia_Declaration_of_Rights#Artikel_12.

³⁴ „tout citoyen peut donc parler, écrire, imprimer librement“ / „Jeder Bürger kann also frei reden, schreiben und drucken“ (http://de.wikipedia.org/wiki/Erkl%C3%A4rung_der_Menschen-und_B%C3%BCrgerrechte#Artikel_11).

³⁵ „freedom of speech, or of the press; or the right of the people peaceably to assemble“ (http://www.archives.gov/exhibits/charters/bill_of_rights_transcript.html) / „Rede- und Pressefreiheit oder das Recht des Volkes, sich friedlich zu versammeln“ (<http://www.verfassungen.net/us/verf87-i.htm>).

schließen) sowie Gleichheit vor dem Gesetz innerhalb bestimmter – im Interesse der Größe des Marktes: möglichst großer – Gebiete benötigt:

„Der Handel auf großer Stufenleiter [...] fordert freie [...] Warenbesitzer, die als solche gleichberechtigt sind, die auf Grundlage eines, wenigstens an jedem einzelnen Ort, für sie alle gleichen Rechts austauschen.“ Und der „Übergang vom Handwerk zur Manufaktur hat zur Voraussetzung die Existenz einer Anzahl freier Arbeiter – frei einerseits von Zunftfesseln und andererseits von den Mitteln, um ihre Arbeitskraft selbst zu verwerten –, die mit dem Fabrikanten wegen Vermietung ihrer Arbeitskraft kontrahieren können, also ihm als Kontrahenten gleichberechtigt gegenüberstehen.“ ([MEW 20](#), 3 - 303 [97]).

Daher ist zwar jederzeit möglich, daß für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise auf Faschismus, Militärdiktaturen und ähnliches zurückgegriffen wird; aber in der Tat gibt es unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise eine *Tendenz* in Richtung bürgerlicher Demokratie. Insofern hat Kautsky Recht, wenn er an anderer Stelle in der gleichen Schrift schreibt:

„ein System gesellschaftlicher Produktion wie das kapitalistische, in dem jeder Produzent von zahlreichen anderen abhängig ist, bedarf zu seinem Gedeihen der Sicherheit und Gesetzlichkeit“ – d.h. Berechenbarkeit/Vorhersehbarkeit – „der gesellschaftlichen Beziehungen. Der absolute Staat geriet daher in immer größeren Widerspruch mit den [kapitalistischen, dg] Produktionsbedingungen [...]. Es wurde dringend notwendig, die Organe der Staatsgewalt der öffentlichen Kritik zu unterwerfen, neben die statliche Organisation die freie Organisation der Staatsbürger zu setzen“ usw.³⁶

Aber dies heißt *nicht*, daß diese kapitalismus-immanente Tendenz zur Demokratisierung ihrerseits wiederum eine *immanente* Tendenz in Richtung Überwindung des Kapitalismus hätte. Vielmehr kann die kapitalistische Produktionsweise seit rund 250 Jahren mit Meinungsäußerungs- und Versammlungsfreiheit und seit rund 100 Jahren auch mit einem seitdem in den allermeisten bürgerlichen Demokratien vollständig verallgemeinerten Wahlrecht im Normalfall gut koexistieren.

„the working-class movement was nowhere capable of achieving democracy by its own unaided resources [...]. Thus, the process of democratization unfolded within the framework of the capitalist state, congealing in the form of bourgeois democracy rather than opening the road to popular revolution and socialist transformation.“³⁷

Von der Nicht-Existenz einer *immanenten* Tendenz von Demokratisierung in Richtung Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise ist zu unterscheiden, daß KommunistInnen demokratische Rechte sehr wohl für *ihren* Kampf für

³⁶ Karl Kautsky, *Die Diktatur des Proletariats*, a.a.O. (FN 30), 22.

³⁷ Therborn, a.a.O. (FN 31), 34.

die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise nutzen können und sollten. – Dies *müssen* sie aber *nicht* und dies *sollten* sie auch *nicht* in der Weise machen, daß sie sich Allgemein-Demokratismus und Rechtsdiskurs *zu eigen* machen (wie es aber in dem NaO-Manifest-Entwurf der SIB/GAM-Linie geschieht). Vielmehr sollte

„man [...] alle diese Forderungen [Entkolonialisierung etc.] nicht reformistisch, sondern entschieden revolutionär formulieren, sich nicht auf den Rahmen der bürgerlichen Legalität beschränken, sondern diesen Rahmen zerbrechen, sich nicht mit dem parlamentarischen Auftreten und äußerlichen Protesten begnügen, sondern die Massen mit in den aktiven Kampf hineinziehen, den Kampf um jede demokratische Forderung bis zum direkten Ansturm des Proletariats auf die Bourgeoisie verbreiten und anfachen, das heißt ihn zur sozialistischen Revolution, die die Bourgeoisie expropriert, führen.“
([LW 22](#), 144 - 159 [146 f.]).

„Man entreißt den Reformisten ihre ‚Führungsrolle‘ als Ausdruck der ‚demokratischen Bestrebungen der Massen‘ nicht [...], indem man sich demokratischer gebärdet, sondern in man alle, zweifelsohne vorhandenen, demokratischen Bestrebungen mit einem **qualitativ anderen** Klasseninhalt füllt [...]; d.h. u.a. auch *gleichzeitig* ‚undemokratische‘ Unterdrückungs-/Selbstverteidigungsmaßnahmen gegen die Bourgeoisie zu ergreifen.“³⁸

³⁸ *Die Diktatur des Proletariats*, a.a.O. (FN 2), 24 – kursive Hv.; fette hinzugefügt. – Das Zitat enthält mit dem Wort „Klasseninhalt“ allerdings insofern eine theoretische Zweideutigkeit, als es vielfach üblich ist, von einem (möglichen) Widerspruch von Form und Inhalt, statt von einer Entsprechung von Form und Inhalt auszugehen. – Es geht aber nicht nur darum – wie der zitierte Text an anderer Stelle korrekt erkannte – die gleiche Form von Demokratie mit einem anderen „Klasseninhalt“ zu füllen, sondern die *Form* der Demokratie selbst zu verändern.

Nachwort:

Die organisatorische Eigenständigkeit der Revolutionäre und die Gefahren des Entrismus und Syndikalismus

von systemcrash

Die Bedeutung des NAO Prozesses für die Bildung einer revolutionären Organisation liegt darin, gezeigt zu haben, dass unterschiedliche linke Gruppen, die aber als Gemeinsamkeit den revolutionären Selbstanspruch haben, durchaus in der Lage sind, sich zu verständigen und sich auf gemeinsame Positionen zu einigen. Der ursprünglich Ansatz der SIB, die fünf Essentials als revolutionären „Minimalkonsens“ eines Umgruppierungsprozesses – zunächst in Form eines Blocks revolutionärer Gruppen und später einer Mitgliederorganisation – anzusehen, hätte durchaus die Chance eröffnet, einen erfolgreichen Organisationsprozess der radikalen Linken hervorzubringen. Leider wurde diese Chance durch die Hegemonie rechtszentristischer Tendenzen in der SIB verunmöglicht.

Dass die GAM sich an diese Entwicklung in der SIB anhängt, liegt nur daran, dass sie die SIB braucht, um die NAO als Fischteich ihrer Mitgliederrekrutierung aufzubauen. Würde sie dieses Projekt alleine durchziehen, könnte sie nur ihre eigenen Mitglieder und Sympathisanten anwerben. ;-)

Die Gruppe RSO, die leider nicht am NAO Prozess beteiligt ist, hatte seinerzeit ein längeres Dokument über die Prinzipien revolutionärer Umgruppierung geschrieben, welches von der „linken Tendenz“ sehr positiv rezipiert wurde. Dort heisst es:

„Die Basis jeder effektiven Neugruppierung ist für uns ein revolutionäres Programm und eine revolutionäre Praxis. Wir haben kein Interesse daran, links-reformistische Strukturen zu initiieren, wie es heute manche Organisationen aus der Tradition des Trotzismus vorschlagen (etwa mit Losungen ‚für eine neue ArbeiterInnenpartei‘). Wir denken, dass es möglich ist, in solchen Organisationen zu arbeiten, wenn sie bestehen, doch sehen wir keinen Sinn darin, selbst erst reformistische Organisationen zu initiieren, um dann in den von uns aufgebauten Organisationen für eine wiederum revolutionäre Politik argumentieren zu müssen – und Gefahr zu laufen, dass wir selbst, wenn wir uns nicht durchsetzen, eine neue Organisation gegründet haben, die sich dann den ‚Sachzwängen‘ des Kapitalismus unterwerfen wird. Unser Fokus sollte die Propagierung revolutionärer Positionen und der Aufbau revolutionärer Strukturen sein, denn nur diese sind ein Vehikel einer grundlegenden Veränderung.“

[\(http://www.sozialismus.net/content/view/1792/1/\)](http://www.sozialismus.net/content/view/1792/1/)

wir halten diese Argumentation für absolut stringent und sehen keinen Grund, von diesem Grundsatz abzuweichen. SIB und GAM praktizieren dagegen das, was die RSO kritisiert.

die „linken im NAO Prozeß“ sind es, die die ursprüngliche SIB Idee („Die neue Organisation wird revolutionär sein oder sie wird gar nicht sein.“ / „Seriosität vor Tempo“)¹ hochhalten. die SIB selbst, im verein mit der GAM, die aber offen ihre eigenen (organisations)interessen vertritt, hat diese zugunsten opportunistischer gelüste schneller erfolge und grosser mitgliederzahlen (die aber nur in ihrer phantasie existieren) aufgegeben. damit einher gehen natürlich dann auch eklatante politische fehleinschätzungen, um diese geplante „optimistische“ organisationsgründung (die in wirklichkeit nur ein schnellschuss wäre) zu rechtfertigen und in ein gutes licht zu stellen (weil auf der höhe der zeit notwendiges und richtiges handeln). der katzenjammer bei diesem „prinzip hoffentlich“ ist aber schon vorprogrammiert!

eine revolutionäre organisation ist ein auswahlprozess der fähigsten und ergebnsten kader, die einen langen atem brauchen und viel überzeugung und glauben. so eine organisation kann schon im ansatz keine „Massenorganisation“ sein, sondern wird quasi eine politische „elite“ – avantgarde – hervorbringen (müssen), die sich vorbereitet auf den augenblick, wenn der konsequenteste wille und das konsequenteste handeln von nöten sein werden. was Lenin in [Was Tun](#) als Organisationsplan ausführte, hat Trotzki im [Übergangsprogramm](#) (1938) in unsterbliche Worte gefasst:

„Der Wirklichkeit ins Auge sehen; nicht den Weg des geringsten Widerstandes suchen; die Dinge beim Namen nennen; den Massen die Wahrheit sagen, so bitter sie auch sein mag; Hindernisse nicht fürchten; streng sein in den kleinen Dingen wie in den großen; Wagemut, wenn die Stunde der Aktion kommt; das sind die Regeln der IV. Internationale. Sie hat bewiesen, daß sie gegen den Strom zu schwimmen versteht. Die nächste geschichtliche Welle wird sie auf ihren Gipfel heben.“

20. September 2013

¹ <http://www.nao-prozess.de/blog/neue-antikapitalistische-organisation-na-endlich-worueber-muessen-wir-uns-verstaendigen-und-worueber-nicht/>.

Anhang 1:

Auszüge aus drei Dokumenten der Revolutionären Internationalen Organisation (RIO) zur Diskussion in der tschechischen Neuen Antikapitalistischen Linken

1. [Auszug aus:] Bericht von der zweiten Konferenz der NAL am 30.-31. Oktober [2010]

Im Sommer 2009 entstand die Idee der Schaffung einer vereinigten linksradikalen Organisation in Tschechien, um die Isolierung der revolutionären Kräfte zu durchbrechen. Nach einer Reihe von Diskussionen wurde die Neue Antikapitalistische Linke (NAL) auf einer Konferenz im November 2009 gegründet. Am Wochenende vom 30.-31. Oktober 2010, genau ein Jahr nach Arbeitsaufnahme, wurde eine zweite Konferenz abgehalten. Aber dieser NAL-Konferenz wurde von nur einem Drittel soviel Menschen beigewohnt wie auf der Gründungskonferenz ein Jahr vorher. Das zeigt die schlechte Situation, in der sich die NAL im Augenblick befindet.

Vom Anfang an wiesen Mitglieder von RIO in Tschechien auf die übermäßige Begeisterung und die unrealistischen Erwartungen der Gründungskonferenz hin. Von Anfang an war es uns klar, dass die Schaffung der NAL allein den Antikapitalismus in Tschechien nicht automatisch verbreiten würde. [...]

Vor der Konferenz schrieben wir viele Änderungsanträge mit einem klaren Ziel: Die NAL einem revolutionär-marxistischen und internationalistischen Programm näher zu bringen.

Leider scheiterten einige unserer wichtigen Vorschläge auch. Wir schlugen vor, den Namen der Organisation von „Neue Antikapitalistische Linke“ zu „Revolutionäre Antikapitalistische Linke“ zu ändern (da die NAL nicht mehr „neu“ ist und wir der Organisation ein klareres, revolutionäres Profil geben wollen), und den Namen der Zeitschrift vom diffusen „Neue Linke“ zum prägnanten „Antikapitalista“ zu ändern (um Zusammenarbeit zwischen der Zeitschrift und der Website zu fördern, die bereits den Namen antikapitalista.cz hat). Aber Ängste davor, „zu radikal zu werden“, und „uns von der ArbeiterInnenklasse abzuschneiden“ waren dominierend, und unsere Vorschläge wurden zurückgewiesen. Aus demselben Grund scheiterten auch einige unserer Vorschläge für die NAL-Plattform. Die Absätze, die wir zum Beispiel über die Frauen- und die Jugendunterdrückung entwarfen, wurden nicht in die Plattform aufgenommen

(und enttäuschend war, dass die GenossInnen der Liga für die 5. Internationale gegen sie gestimmt haben).

Quelle: <http://www.onesolutionrevolution.org/?p=594&language=de>; engl. Fassung: <http://www.onesolutionrevolution.org/?p=595&language=en>

2. Offener Brief an die Liga für die Fünfte Internationale [vom 14.01.2011]

Liebe GenossInnen,

seit Jahren haben die tschechischen Mitglieder der Liga für die Fünfte Internationale (LFI) und die tschechischen Mitglieder der Revolutionären Internationalistischen Organisation (RIO) nebeneinander in verschiedenen Kampagnen gearbeitet (wie in den Initiativen „Keine Basen“ und „Studierende gegen den Rassismus“). Zusätzlich zu unseren freundlichen persönlichen Beziehungen haben wir immer ähnliche politische Positionen gehabt, da wir die einzigen links-trotzkistischen Gruppen in Tschechien sind.

Ende 2009 ging unsere Zusammenarbeit mit der Gründung der Neuen Antikapitalistischen Linken vorwärts, in der Mitglieder der LFI und von RIO neben anderen AktivistInnen arbeiteten. Wir hofften, dass dieser Schritt einen quantitativen und qualitativen Schritt vorwärts für RevolutionärInnen in Tschechien bedeuten würde. Die ersten Monate der NAL waren relativ erfolgreich und füllten uns mit Optimismus. Doch leider setzte Depression weniger als ein halbes Jahr später ein. Seit dem letzten Sommer haben wir den andauernden Niedergang der NAL erlebt.

Jetzt, im Winter, ist das ganze Projekt praktisch zusammengebrochen. Zurzeit schließt die NAL (außer den Gründungsmitgliedern von LFI und RIO) nur eine Handvoll Personen ein, die mit der Gründung der NAL in die revolutionäre Politik hineingezogen wurden. Alle anderen Mitglieder sind ausgetreten oder in die Passivität gefallen. Paradoxerweise ist die gegenwärtige Stärke der revolutionären Linken in Tschechien geringer als vor einem Jahr.

Was uns jedoch mehr beschäftigt als dieser quantitative Niedergang ist die anhaltende politische Degeneration der NAL. Während das Projekt immer kleiner geworden ist, verlangen immer mehr Stimmen, den revolutionären Marxismus aufzugeben und eine „breite“ (und politisch diffuse) Protestpartei aufzubauen. Das Ziel einer Revolution fällt in den Hintergrund, unter dem Mantel der „Verständlichkeit für ArbeiterInnen“. Wir sehen das als gefährlichen politischen Opportunismus.

Das erkennt man am Leichtesten am öffentlichen Gesicht des Projektes. Der eigentliche Name der NAL-Zeitschrift, „Antikapitalista“, wurde in den langweiligen Namen „Neue Linke“ geändert. NAL-Aufkleber beinhalten nicht mal den

vollen Namen der Organisation, „Neue Antikapitalistische Linke“, sondern stattdessen nur „Neue Linke“. Wir protestierten (erfolglos) gegen diesen Opportunismus. Aber das ist nur ein Ausdruck eines Rechtsrucks in der NAL-Politik. Der rechte Flügel der NAL kämpft zunehmend gegen antikapitalistische und marxistische Positionen.

Das letzte Beispiel dieser bedauerlichen Entwicklung war die Intervention der NAL in die Gewerkschaftsdemonstration während des Streiks im öffentlichen Sektor am 12. Dezember 2010. Der Text des NAL-Flugblattes stellte lediglich fest, dass, wenn die Regierung ihre Reformen nicht zurückzieht, es notwendig ist, gegen sie zu kämpfen. Dieser Text war unserer Meinung nach einer revolutionären oder selbst einer „breiten“ antikapitalistischen Organisation nicht würdig. [...].

Unsere Erfahrung hat gezeigt, dass die fortgeschrittensten Teile der ArbeiterInnenklasse in Tschechien in der Lage sind, ein solches Programm zu verstehen und zu unterstützen. Das bedeutet nicht, dass wir die Bildung von Sowjets oder einen aufständischen Generalstreik in unmittelbarer Zukunft erwarten – aber wir sind überzeugt, dass RevolutionärInnen der Avantgarde der ArbeiterInnenklasse ein klares Programm bieten müssen. Leider wurden diese und andere Vorschläge innerhalb der NAL zurückgewiesen.

In einem ganzen Jahr der Existenz entwickelte die NAL keine Verbindung zur ArbeiterInnenklasse, nicht mal Kontakte in Gewerkschaften oder an Arbeitsplätzen. Unsere Erfahrungen bei den Demonstrationen und Streiks der letzten Wochen zeigten uns, warum das so ist: Die mäßige und diffuse Politik dieser „Neuen Linken“ ist der Politik von anderen (und viel größeren) Gruppen zu ähnlich. Die NAL spricht die fortgeschrittensten ArbeiterInnen nicht an – und die weniger fortgeschrittenen ArbeiterInnen ziehen es vor, mit anderen (politisch ähnlichen, aber größeren) Organisationen zusammenzuarbeiten.

In Tschechien, wie überall in Europa, ist eine tiefe Wirtschaftskrise im Gange, die Opposition gegen die neoliberale Regierung wächst, und die Aktivität der ArbeiterInnenklasse macht kleine aber wichtige Schritte vorwärts. Das schafft ganz neue Möglichkeiten für revolutionäre MarxistInnen – aber nur, wenn wir erklären können, was getan werden soll. So ist unsere Aufgabe, eine Alternative zur zentristischen und zur reformistischen Politik anzubieten. Aber im Rückblick können wir feststellen, dass die Bildung der NAL als eine Vereinigung von revolutionären Kräften der radikalen Linken in Tschechien nicht geholfen hat. Wir glauben, dass die inkonsequente und zweideutige Politik der NAL der Schlüsselgrund dafür ist.

Deshalb wenden wir uns an Euch mit diesem Brief und wüssten gern die Antwort auf eine einfache Frage: Wie ist die Perspektive der Liga für die Fünfte Internationale für die weitere Entwicklung der Neuen Antikapitalistischen Linken in Tschechien? Ihr sagt, dass ihr ein revolutionäres Programm für die Neue

Antikapitalistische Partei (NPA) in Frankreich fordert. Also warum unterstützt ihr ein zentristisches Programm in Tschechien, was dem der NPA-Führung ähnlich ist?

Die tschechischen Mitglieder der Liga für die Fünfte Internationale sind nicht zentral bei der Rechtsentwicklung der NAL. Aber sie kämpfen auch nicht gegen diese Tendenzen – in vielen Fällen haben sie sie sogar unterstützt. Wenn wir wollen, dass die NAL mehr als eine leicht radikalere Alternative zur Sozialdemokratie und zur Kommunistischen Partei ist, dann ist es notwendig, einen aktiven Kampf für eine revolutionär-marxistische Politik zu führen.

RIO sieht diesen Kampf als ihre Hauptaufgabe. Sind die Mitglieder der Liga für die Fünfte Internationale unsere Verbündeten in diesem Kampf? Wollt ihr die NAL als eine revolutionäre marxistische Partei oder als eine „breite“ Protestgruppe aufbauen? Das sind wichtige Fragen, und wir wüssten gern eure Antworten. Wir fordern die LFI auf, zusammen mit uns für ein revolutionäres marxistisches Programm in der NAL zu kämpfen.

Quelle: <http://www.onesolutionrevolution.org/?p=650&language=de>; engl. Fassung: <http://www.onesolutionrevolution.org/?p=641&language=en>

3. [Auszug aus:] Bericht vom 23.01.2011

Die Prager Gruppe der Revolutionären Internationalistischen Organisation (RIO) formulierte einen [offenen Brief](#), der die aktuellen Probleme der Neuen Antikapitalistischen Linken (NAL) in Tschechien benannte. Unser Ziel war es, eine konstruktive Debatte über die zukünftige Richtung der NAL und auch über die Arbeit aller linken Gruppen (RIO und auch die Liga für die Fünfte Internationale, LFI) in dieser Organisation anzustossen.

Dieser Brief wurde am 15. Januar verschickt und einen Tag später auf der Website von RIO veröffentlicht. Wir bekamen eine Antwort von der LFI fast sofort. Aber wir erhielten keinen Brief. Stattdessen versuchten sie, ein Mitglied von RIO, das auch Mitglied der NAL-Leitung ist, aus der Organisation auszuschliessen. Jenes tschechische RIO-Mitglied war zuvor auf der NAL-Konferenz im vergangenen November, und damit vom höchsten Organ der Organisation und von einer überwältigenden Mehrheit der Mitgliedschaft, gewählt worden.

Quelle: <http://www.onesolutionrevolution.org/?p=655&language=de>; engl. Fassung: <http://www.onesolutionrevolution.org/?p=654&language=en>

Anmerkung: Im Frühjahr 2012 [verließen mehrere britische, tschechische und österreichische Mitglieder die Liga für die 5. Internationale](#); inzwischen funktioniert die auf den Seiten von [GAM](#) und [L5I](#) verlinkten homepages ([1](#) und [2](#)) der tschechischen Sektion *nicht* mehr.

Anhang 2:

Kritik von IBT an der Haltung von *Workers Power*, der britischen Schwesterorganisation der GAM, gegenüber dem Weltsozialforum

A few years ago Workers Power was hailing the Second International and ascribing a revolutionary potential to the World Social Forum (WSF), which we characterised at the time as ‘a popular-frontist lash-up of Third Worldists, trade-union bureaucrats and NGO hustlers’:

‘Revolutionary Marxists say openly that we want to help it [the WSF] develop into an international movement, able to direct the struggle against capitalism and imperialism—a new world party of socialist revolution.

‘Over a century ago the forces of Marxism faced similar challenges within a period of rising struggles when the movement, which came to be known as the Second International, was born. There are many lessons to be learned in the way that this movement was founded in 1889...’
—*Workers Power*, January 2003

The lesson that Lenin, Trotsky and the Bolsheviks drew from the experience of ‘a party of the whole class’ was that revolutionaries need to organise themselves separately from reformists. Workers Power appears to have arrived at the opposite conclusion—which explains their consistently ‘optimistic’ distortions regarding the NPA and the suggestion that it provides a model for the left in this country. The ‘strategy’ is clear enough—to help build a British NPA within which to take up residence as the ‘Marxist’ left wing. This sort of stagist approach to building a revolutionary organisation will, in practice, inevitably reduce itself to Kautskyism. Revolutionaries may indeed make a tactical decision to pursue the struggle against reformism through short-term entries into bourgeois workers’ parties, but we neither advocate the creation of a reformist organisation nor project such a development as a necessary ‘step forward’.

Quelle: http://www.bolshevik.org/1917/no32/ibt_1917_32_03_NPA.html (Auszug)

Anhang 3:

Auszug aus der 1985 verabschiedete Resolution „Sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats“ des XII. Weltkongresses der IV. Internationale

Die grundlegende Differenz zwischen den ReformistInnen und den ZentristInnen aller Couleur einerseits und den revolutionären MarxistInnen, d.h. den Bolschewiki-LeninistInnen andererseits zur Frage der Eroberung der Staatsmacht, der Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution, des Charakters des Arbeiterstaats und der Bedeutung der Diktatur des Proletariats liegt in den folgenden Punkten:

- a) Die revolutionären MarxistInnen haben ein klares Verständnis vom Klassencharakter aller Staaten als Werkzeugen zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft. In diesem Sinne sind alle Staaten Diktaturen. Auch die bürgerliche Demokratie ist eine Klassendiktatur.
- b) Die ReformistInnen halten die Illusion aufrecht, die „Demokratie“ oder die „Institutionen des demokratischen Staates“ stünden über den Klassen und dem Klassenkampf. Die revolutionären MarxistInnen verwerfen diese Illusion.
- c) Die revolutionären MarxistInnen haben ein klares Verständnis davon, dass der Staatsapparat und die Institutionen selbst der demokratischsten bürgerlichen Staaten dazu dienen, die Macht und die Herrschaft der kapitalistischen Klasse aufrechtzuerhalten (sowie in den imperialistischen Ländern die Ausbeutung der Völker der halbkolonialen Länder zu schützen) und keine Werkzeuge zum Sturz dieser Herrschaft und zur Übertragung der Macht der bürgerlichen Klasse auf die ArbeiterInnenklasse sein können.
- d) Die revolutionären MarxistInnen haben ein klares Verständnis davon, dass die Eroberung der Macht durch die ArbeiterInnenklasse die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, an erster Stelle des polizeilichen und militärischen Unterdrückungsapparates der Bourgeoisie erfordert.
- e) Die revolutionären MarxistInnen haben ein klares Verständnis von der Notwendigkeit der Hebung des Bewusstseins- und Organisationsgrades der Masse der Arbeitenden, um die Bourgeoisie zu enteignen und die Diktatur des Proletariats zu konsolidieren.
- f) Die revolutionären MarxistInnen folgern hieraus, dass die ArbeiterInnenklasse die Staatsmacht nur im Rahmen staatlicher Institutionen ausüben kann, die sich im Typus von denen bürgerlicher Staaten unterscheiden, d.h. staatlicher

Institutionen, die auf souveränen, demokratisch gewählten und demokratisch zentralisierten ArbeiterInnenräten (Sowjets) beruhen, mit folgenden grundlegenden Merkmalen, wie Lenin sie in „Staat und Revolution“ umrissen hat: Wahl aller Beamten, RichterInnen, FührerInnen von Arbeitermilizen (oder Arbeiter- und Bauernmilizen) sowie aller Delegierten, welche die ArbeiterInnen in den staatlichen Institutionen vertreten; Beschränkung ihrer Einkommen auf das eines/einer Facharbeiters/-arbeiterin; Recht der WählerInnen, sie jederzeit abzurufen; gleichzeitige Ausübung von legislativer und exekutiver Gewalt durch Institutionen vom Typ der Sowjets; radikale Herabsetzung der Zahl der BerufsbeamtInnen und zunehmende Übertragung der Verwaltungsaufgaben auf direkt von den Arbeitenden gebildete Organe. Dies bedeutet, mit anderen Worten, eine demokratische Vertretung in der Art der Sowjets [...] – im Gegensatz zur parlamentarischen Demokratie [...].

Quelle: http://www.islinke.de/reso_soz_demo01.htm (Auszug)

„Man sollte [...] betonen, daß [...] die Frage, ob demokratische Rechte dem Bürgertum verliehen oder abgesprochen werden sollten, keinesfalls eine Prinzipienfrage, sondern lediglich eine Frage der Kräfteverhältnisse und der Wirksamkeit darstellt [...] Die praktische [...] Anwendung der Prinzipien der sozialistischen Demokratie ist [...] Funktion des realen Klassenkampfes und nicht Funktion abstrakter Wünsche“

... so wußte Ernest Mandel 1970 noch:

Einleitung, in: ders. (Hg.), *Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung*. Eine Anthologie, Frankfurt am Main, 1971, 40 zit. n. *Diktatur des Proletariats – Klassenherrschaft oder Harmoniemodell?* Kritische Bemerkungen zu den Thesen des „Vereinigten Sekretariats der 4. Internationale“, in: *ergebnisse & perspektiven*. theoretisches organ von: spartacusbund [BRD] und internationale kommunistische liga [österreich] [Nr. 8, mai 1979](#), 20 - 28 (23).

„Eine solcherweise organisierte Gesellschaft [ein System der Rätedemokratie] **muss** mit einer *massiven Ausweitung* demokratischer Rechte einhergehen.“ „Die Rätedemokratie einer zukünftigen Gesellschaft **wird unvergleichlich demokratischer** sein als die bestehende Gesellschaft“

... so träumen SIB und GAM im Jahr 2013 in ihrem Entwurf für ein „Programmatisches Manifest“ des NaO-Prozesse –

nach der Erfahrung des Putsches 1973 gegen die Allende-Regierung in Chile; *nach* dem Scheitern der sozialistisch-kommunistischen Reformregierung in Frankreich Anfang der 1980er Jahre an Kapitalflucht und Investitionsstreik; *nachdem* der *hype* um *democracia real* und *Occupy* so schnell wieder verschwunden ist, wie er aufkam; *nachdem* der demokratische „Arabische Frühling“ in eine Stärkung des Islamismus und einen Militärputsch in Ägypten mündete und *angesichts* des Aufstiegs der faschistischen Schlägerbände „Goldene Morgenröte“ in Griechenland...